zeitung
gegen den krieg

Nr. 31 Frühjahr 2011

Frank Brendle Schulfrei für die Bundeswehr Seite 3
Heike Hänsel Das andere Afghanistan Seite 4
Xanthe Hall Kernspaltung in unseren Köpfen Seite 6
Arno Klönne Libyen: „Morgendämmerung“ Seite 9
Jürgen Grässlin Krieg ist gut fürs Geschäft Seite 10
Wolfgang Gehrcke Offener Brief an Uri Avnery Seite 12

Das Militär, diesen Schandfleck der Zivilisation, zum Verschwinden bringen!
Albert Einstein (1879–1955)

Logische Einheit: Harrisburg, Tschernobyl & Fukushima

Seit dem 12. April 2011 wird das Atomunglück in Fukushima ebenso klassifiziert wie dasjenige von Tschernobyl: mit der bisher größtmöglichen Gefahren-Stufe 7. Das heißt: Es handelt sich um eine atomare Katastrophe mit massiven gesundheitlichen Schäden – ein GAU.

Dabei stehen wir in Japan erst am Anfang. Mehrere AKW in der Fukushima-Sendai-Region befinden sich in einem kritischen Zustand. Es gibt neue Erdbeben. Bereits heute müsste man bei Anwendung der bisher in Deutschland geltenden Grenzwerte die Evakuierungszone deutlich ausweiten. Doch Millionen Menschen können nicht evakuiert werden.

Nach Fukushima gibt es nicht mehr die Ausrede, wonach der Tschernobyl-GAU nur auf „unzureichende sowjetische Sicherheitsstandards“ zurückzuführen war. Fukushima war Atomkraft vom Feinsten. General Electric plus Toshiba plus Hitachi. Und wie sieht das Krisenmanagement vor Ort in Japan aus? Mindestens so alt, so hilflos, so verlogen wie dasjenige seinerzeit in Tschernobyl.

Mit Fukushima bekommen die kriminellen Verharmloser der Atomkraft auf perverse Art recht. „Statistisch gesehen“, so sagten diese immer, „gibt es bei einem AKW nur alle 10.000 Jahre eine atomare Katastrophe.“ Das gilt *je Reaktor*. Bei weltweit 500 Atomkraftwerken gibt es alle 20 Jahre irgendwo auf dem Globus einen GAU. Drei GAU´s in 60 Jahre Existenz von Atomkraftwerken – die Wahrscheinlichkeitsrechnung entspricht erstaunlich der realen Trefferquote.

Wenn alle 130 derzeit geplanten neuen Atomkraftwerke gebaut werden, dann erhöht sich die Zahl der weltweit installierten AKW´s ebenso drastisch wie ein neuer GAU´s wahrscheinlicher wird. Betrachtet man eine Karte der weltweit installierten Atomreaktoren, dann erkennt man in der Abfolge Harrisburg – Tschernobyl – Fukushima eine erschreckende Logik. Es lässt sich auch sagen: Nach der „Gesetzmäßigkeit“ der Welt-AKW-Dichte wird der nächste GAU in Westeuropa, wohl am ehesten in Frankreich oder Deutschland stattfinden.

Es gibt ein Paradox: Atomenergie wird orangetrieben, obwohl sie *unwirtschaftlich, extrem unverantwortlich und unnötig ist.*

Unwirtschaftlich: Kein Versicherungskonzern der Welt ist bereit, atomare Risiken zu versichern. Atomstrom wird extrem subventioniert (unter anderem müssen noch Dutzende Generationen die Endlagerung bezahlen).

Unverantwortlich: Es handelt sich um eine Technologie, die kurze Zeit Energie liefert, deren Abfälle jedoch noch zehntausende Jahre die Gesundheit von Millionen Menschen bedrohen.

Unnötig: Auch heute noch spielt die Atomenergie mit 6 Prozent Anteil am weltweiten Energiemix (und 16 Prozent Anteil an der Stromerzeugung) eine bescheidene Rolle. Ganze Kontinente kommen ohne Atomkraft aus – so Südamerika und Australien. Wenn man „nur“ ernsthaft die Potentiale zur Energieeinsparung nutzen würde, könnte man weltweit komplett auf Atomkraft verzichten. Hätte in Deutschland jemand *vor* Fukushima gesagt, man könne von heute auf morgen sieben AKW vom Netz nehmen, dann hätte es geheißen: „Dann gehen Millionen Lichter aus.“ Kanzlerin Merkel ließ abschalten – ohne erkennbare Energieprobleme.

Warum also wird Atomkraft so forciert? Antwort: Weil die Atomenergie eng mit der Atombombe verknüpft ist. Weil alle auf dem Weltmarkt mächtigen Staaten ihre Expansion gegebenenfalls militärisch absichern wollen. Weil Krieg die Fortsetzung der Konkurrenz ist. Weil Atomwaffen die schrecklichsten, sprich: die wirksamsten Waffen sind. Siehe Hiroshima und Nagasaki. Die Atombombe ging nach dem Großtest des Jahres 1945 nahtlos in erste Atomkraftwerke über. Doch die gab es zunächst als Antrieb in Atom-U-Booten, die wiederum Atom-Raketen transportierten. Und ein Teil der Entsorgung der ?friedlichen Nutzung der Atomenergie? erfolgt heute erneut militärisch: in Form von Uran gehärteten Panzern und Geschossen, womit heute bereits ganze Regionen – au dem Balkan, im Irak und aktuell in Libyen – auf Jahrzehnte strahlenverseucht wurden.

Übrigens: Als das Gaddafi-Regime sich 2004 dem Westen näherte, musste es atomar abrüsten. Unter anderem wurden mehrere Kilogramm hoch angereichertes Uran (HEU – Highly enriched Uranium), aus dem Atombomben gebaut werden können, aus der libyschen Atomanlage in Tajura nach Russland verfrachtet. Die Sowjetunion hatte ursprünglich die atomare Anlage Tajura ausgerüstet. Damit konnte Libyen das Stigma „Schurkenstaat“ abstreifen.

Von Deutschand als Schurkenstaat ist allerdings nicht die Rede. Dabei wird hierzulande seit 2005 mit dem Forschungsreaktor München II (FRM II) eine atomare Anlage betrieben, in der eben dieses HEU, das hochangereicherte atomwaffenfähige Uran entsteht.

Als in den 1980er Jahren die damalige Bonner Regierung dieses Projekt betrieb, gab es dagegen weltweite Proteste – mit dem zutreffenden Argument, damit könne sich Deutschland binnen weniger Monate Atomwaffen zulegen. Als die rot-grüne Regierung 1998 antrat, wollte sie den FRM II stoppen. Doch der Freistaat Bayern protestierte. Es gab den Kompromiß: Bis zum 31. Dezember 2010 sollte in diesem Reaktor der Betrieb auf einen geringer angereicherten (und weniger atomwaffentauglichen) Uran-Brennstoff umgestellt werden.

Doch inzwischen erklärt die CSU-Regierung in München: Eine solche Umstellung sei „erst im Jahr 2018 technisch möglich“. Bis dahin entsteht in diesem Reaktor immer mehr atombombenfähiges Uran.

Wir fordern: Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie! Abschaltung aller AKW! Vernichtung aller atomarer Waffen!

Herr **Westerwelle**! Deutschland enthielt sich im UN-Sicherheitsrat der Stimme, als der Freibrief für das Nato-Bombardement auf Libyen beschlossen wurde. Gut so. Doch jetzt sollen Bundeswehr-Soldaten in Libyen eingesetzt werden. Natürlich in einem „humanitären Einsatz“. So heißt es immer, wenn die schiefe Ebene hin zur militärischen Intervention erstmals beschritten wird. Siehe Somalia 1993.
Im übrigen sind auch die Aussagen Ihrer Partei, der FDP, und die der Bundesregierung, wonach man jetzt „aus der Atomenergie aussteigen“ wolle, völlig unglaubwürdig. Sie betreiben sogar als Außenminister atomare Aufrüstung – in Brasilien. Im Februar 2010 beschloss die Bundesregierung, den Bau des brasilianischen Atomreaktors Angra 3 mit einer Hermes-Bürgschaft in Höhe von 2,5 Milliarden Euro abzusichern. Die „deutsch-französische Atomtechnik von Areva und Siemens ist sicher“, sagten Sie. Eben so sicher, wie die von General Electric, Toshiba und Hitachi in Fukushima.

Monsieur le President, **Nicolas Sárkozy**! Sie treten im Libyen-Krieg und bei der Atom-Energie als Scharfmacher auf. In Libyen fordern Sie noch mehr Nato-Bomben auf militärische Ziele und Infrastruktur-Anlagen. Der „Diktator Gaddafi“ müsse abtreten. Wir erlauben uns, Sie zu erinnern: Der von ihnen so gehätschelte französisch-deutsche Rüstungskonzern EADS ist mit dem Gaddafi-Regime derart eng vernetzt, dass er in Tripolis eine eigene Niederlassung unterhält. Als Libyen 2005 auf Druck der USA atomar abrüsten musste, trafen Sie sich 2007 mit Gaddafi – und vereinbarten eine „enge französisch-libysche atomare Zusammenarbeit“ – mit dem Bau eines libyschen Atomreaktors, erstellt durch den französischen Atomkonzern Areva. Und wie reagierten Sie auf Fukushima? „Wir halten am Ausbau der Atomenergie fest. Französische Reaktoren sind sicher.“ So lautet ihr Credo.

Unter anderem wird derzeit in Flamanville ein neuer Atomreaktor gebaut. Direkt an der französischen Atlantik-Küste. Was das im Fall einer atomaren Katastrophe heißt, sehen wir in diesen Wochen in Fukushima.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,
die letzte Ausgabe der Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) erschien zum Ostermarsch 2010. Zum ersten Mal seit vielen Jahren konnten wir eine zweite Ausgabe im Jahr (zum Antikriegstag) aufgrund der zu großen Belastung Einzelner nicht stemmen. Es war dann vor allem die atomare Katastrophe von Fukushima, die uns zu dem Kraftakt einer neuen Ausgabe am Traditions-Termin, dem Ostermarsch 2011, veranlasste.

Der Krieg in Libyen hat eine Kontroverse in der Friedensbewegung ausgelöst. Siehe beispielhaft den Offenen Brief von Wolfgang Gehrcke (MdB Die Linke) an Uri Avnery (S. 12). Wir sind uns im ZgK-Kreis einig in der strikten Ablehnung des Nato-Kriegs in Libyen – auch in der Ablehnung einer sogenannten „humanitären Aktion“ mit Bundeswehr-Soldaten.

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG – ZgK ist in erster Linie dazu gedacht, auf Veranstaltungen und Demonstrationen verteilt oder auch bei linken Treffpunkten ausgelegt zu werden. Daher haben wir beispielhaft niedrige Abnahmepreise. Allerdings mussten wir bei dieser 31. ZgK-Ausgabe zum ersten Mal seit acht Jahren (!) diese Preise anheben. Die Gründe sind die klassischen: ein allgemeiner Anstieg der Druck- und der Vertriebskosten. Dennoch glauben wir, dass Abnahmepreise je Ex. zwischen 18 Cent (ab 500 Ex. Abnahme) und 30 Cent (bei einer Abnahme bis zu 50 Ex.) akzeptabel sind. (Die Preise im Detail: siehe unten Impressum). Wir bitten um das Verständnis all derer, die sich für die ZgK einsetzen und die die ZgK in ihrer Friedensarbeit einsetzen.

Solidarische Grüße, *Winfried Wolf*

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel (Tübingen), Ulrich Sander (Dortmund), Monty Schädel (Waren/Müritz), Bärbel Schindler-Saefkow (Berlin), Laura von Wimmersperg (Berlin) und Winfried Wolf (Michendorf).
Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Wilhelmshorst.

Verantwortlicher Redakteur (V.i.S.d.P.) und
ISSN: Winfried Wolf;
ISSN 1611-2881

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen:
Die Anstifter (Stuttgart) // Antikriegsforum Ludwigshafen // bundesweite attac-AG Globalisierung und Krieg // Friedensbündnis Karlsruhe // Galerie Olga Benario, Berlin // Willi Hoffmeister als Sprecher des Ostermarsches Ruhr // Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) // Friedensbündnis Karlsruhe // Jochen Traut für den Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (in der Partei Die Linke) // Sozialistische Linke, Karlsruhe // Peter Strutynski als Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag // Initiative Vereinigte Linke // Nordbremer Bürger gegen den Krieg // Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) // PapyRossa Verlag Köln // Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.), Freiburg // Sozialistische Zeitung, Köln // DIE LINKE (Parteivorstand).

Gestaltung: Joachim Römer

Adressen: Postanschrift: BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf
E-mail: zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Telefon: 030 – 27 731 83 // Fax: 030 – 22776179 (MdB-Büro Heike Hänsel)

Preise und Konto: Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Preisen (Unkosten):
> von 1 bis 50 Ex. zu 30 Cent je Ex.
> von 51 bis 499 Ex. zu 25 Cent je Ex.
> ab 500 Ex. zu 18 Cent je Ex.
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Abos: Die ZgK wird in der Regel in größeren Kontingenten bestellt, teilweise auch in Form fester Bestellungen. Preise siehe oben. Die ZgK kann auch wie folgt in Einzelexemplaren abonniert werten. Als Abo gelten hier jeweils vier Ausgaben der ZgK in Folge:

> bei Bezug von je 1 Ex. = Abopreis 8 Euro
> bei Bezug von je 3 Ex. = Abopreis 9 Euro
> bei Bezug von je 5 Ex. = Abopreis 10 Euro.

Spenden & Konto: Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich vor allem über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren.
Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.
BFS e.V. · MBS (Mittelbrandenburgische Sparkasse) · BLZ 16050000 · Kto.Nr.: 3527001866.

Argumente gegen den Krieg

Die Kämpfe in Libyen und der Krieg um dieses Land sind verwirrend. In der Bewegung gegen Kriege gibt es dazu höchst unterschiedliche Positionen. Siehe Seite 12 den offenen Brief von Wolfgang Gehrcke an den verdienten Friedensaktivisten Uri Avnery.

Zu einigen Behauptungen in dieser Auseinandersetzung gibt es jedoch überzeugende Antworten.

Argument Nr. 1:

Behauptung (1): Es geht in Libyen um Krieg und Frieden. Wir sind für Frieden – und damit gegen die Nato-Bombardements.

Antwort: Ja, die Friedensbewegung muss unzweideutig gegen die Nato-Bombardements eintreten. Die Zeitung gegen den Krieg – ZgK verurteilt die Luftangriffe westlicher Kampfflieger und mögliche Bodeneinsätze von Kampftruppen aus NATO-Staaten. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen, um eine friedliche Lösung zu erreichen. Es gab und gibt zivile Mittel, um das Gaddafi-Regime von Gewalt abzuhalten oder diese zumindest einzudämmen. Im übrigen stammt die Bewaffnung der Sondereinheiten Gaddafis und seiner Söhne überwiegend von westlichen Rüstungskonzernen. (Siehe unten Behauptung/Antwort (3)).

Argument Nr. 2:

Behauptung (2): Wir lehnen jede Einmischung in die inneren Verhältnisse in Libyen ab.

Antwort: Es es falsch, die Auseinandersetzung in Libyen allein auf das Schema „Krieg-Frieden“ zu reduzieren und von „inneren Verhältnissen“ zu sprechen, bei denen eine Friedensbewegung Neutralität wahren müsse.

Seit Anfang des Jahres 2011 entwickelte sich in Nordafrika und im übrigen arabischen Raum eine breite Demokratie-Bewegung. Diese richtete sich – in Tunesien, in Ägypten, in Bahrain, im Jemen oder in Syrien – gegen autoritäre Regimes. In Tunesien und in Ägypten konnten diese Bewegungen als einen ersten Erfolg den Sturz der diktatorischen Clique verbuchen. In Syrien und im Jemen dauert dieser Kampf an.

In Libyen begannen die Auseinandersetzungen in ähnlicher Weise. Es gab Massendemonstrationen mit den Forderungen nach Demokratie und einem Sturz des Regimes von Gaddafi und seinen Söhnen. Es gab massive, gewalttätige Angriffe des Regimes auf Menschen, die friedlich demonstrierten. Allerdings liefen bereits früh prominente Vertreter des Gaddafi-Regimes - der Innenminister, der UN-Botschafter und der Außenminister – zur Opposition über. Da auch Teile der regulären Armeeführung und ein größerer Teil der (schlecht ausgerüsteten) Armee selbst sich auf die Seite der Demokratie-Bewegung schlugen, entwickelte sich aus der Konfrontation zivile Demos versus autoritäres Regime ein Bürgerkrieg. Seither dominiert auf beiden Seiten die bewaffnete Auseinandersetzung. Damit wurde aber automatisch auch die demokratisch-friedliche Bewegung ausgebremst und teilweise vereinnahmt. Wir unterstützen die Forderungen nach Demokratie und Selbstbestimmung in ganz Nordafrika und im Nahen Osten – auch in Libyen.

Argument Nr. 3:

Behauptung (3): Unter Gaddafis Herrschaft entwickelte sich die libysche Gesellschaft positiv, was unter anderem durch einen relativ hohen Lebensstandard dokumentiert wird.
Antwort: Unabhängig von seinem antifeudalen und antiimperialistischen Ursprung (Putsch gegen König Idris im Jahr 1969; Verstaatlichung der Ölindustrie) handelt es sich bei der Gaddafi-Regierung um eine Regime, das elementare individuelle und alle gewerkschaftlichen Rechte unterdrückt und Menschenrechte in erheblichem Umfang verletzt. Gaddafi arbeitete bereits in den 1980er Jahren mit deutschen Konzernen (Salzgitter SIG und Imhausen-Chemie) beim Bau einer Giftgas-Fabrik in Rabta zusammen – die damalige Bonner Regierung und der deutsche Geheimdienst BND waren über das Projekt immer gut unterrichtet; Salzgitter war ein Staatskonzern. Seit 2003 kooperiert das Gaddafi-Regime bestens mit der EU und dem Weltwährungsfonds (IWF) – u. a. bei der Verhinderung von Flüchtlingsbewegungen (Kooperation mit Frontex). Der Zugang zu Öl und Gas wurde für westliche Konzerne geöffnet (u.a. sind in Libyen ENI, Wintershall/BASF, RWE, OMV und Repsol aktiv). Die ehemals staatlichen Banken wurden privatisiert. Die Beschäftigten im staatlichen Sektor wurden outgesourced; ihre Zahl soll in großem Umfang abgebaut werden. Der IWF veröffentlichte noch im Februar 2011 einen Bericht, in dem die Regierung in Tripolis für ihre „Offenheit“ gegenüber den westlichen Interessen uneingeschränkt gelobt wird. Besonders eng ist die Zusammenarbeit des Gaddafi-Regimes mit Rüstungskonzernen. Das deutsch-französische Rüstungsunternehmen EADS hat deshalb sogar eine Dependance in Tripolis eingerichtet (siehe auch Seite 12).

Argument Nr. 4:

Behauptung (4): Die NATO will das Gaddafi-Regime eindämmen und die Zivilbevölkerung vor den Angriffen des Regimes schützen.

Antwort: Die NATO ist der militärische Arm der westlichen kapitalistischen Länder. Die Regierungen in Washington, Paris und London - und die hinter diesen stehenden Konzerne und Banken - verfolgen ihre eigenen Ziele. Der Schutz der Zivilbevölkerung spielt dabei keine – oder höchstens eine untergeordnete und zufällige – Rolle. Das verdeutlicht die NATO ja mit dem Krieg in Afghanistan immer wieder – mit Bombardements auf Hochzeitsgesellschaften oder auf einen von Zivilisten umringten Tanklastzug bei Kunduz (im letzten Fall mit aktiver Beteiligung der deutschen Besatzungstruppen). Es ist auch keineswegs eindeutig, dass die NATO einen Sieg der Gegenregierung in Bengazi herbeibomben will. Das bereits zweimalige „friendly fire“ auf aufständische Einheiten muss kein Versehen gewesen sein. Die Kritik der Gegenregierung in Bengazi an der NATO ist deutlich.

Im Grunde verfolgen die kapitalistischen Regierungen in ganz Nordafrika und im Nahen Osten zwei Ziele, die beide den gleichen Öl-Hintergrund haben: Erstens soll der Zugriff auf Öl und Gas erhalten und nach Möglichkeit verbessert (und damit direkter) werden. Wenn westliche Ölkonzerne selbst vor Ort fördern dürfen und keine staatliche Ölgesellschaft zwischengeschaltet ist, sind die Gewinne zweifellos größer. Zweitens soll die Demokratie-Bewegung begrenzt und kanalisiert, wenn nicht gestoppt werden. Zu viel Demokratie heißt: Die neuen Regierungen werden ihre Rohstoffe teurer verkaufen - der Öl-Preis steigt.

Dabei gibt es unter den NATO-Staaten unterschiedliche Interessenslagen. Für die europäischen Länder und die EU-Energiekonzerne ist Libyen wichtig – zehn Prozent des EU-Öls kommen aus Libyen. Für die USA war das libysche Öl in den vergangenen Jahrzehnten eher unwichtig, was sich jedoch ändern kann.

Argument Nr. 5:

Behauptung (5): Die deutsche Regierung Merkel-Westerwelle hat sich - wie bereits die Regierung Schröder-Fischer im Fall des Irak-Kriegs 2003 – dem Krieg verweigert und strebt eine friedliche Lösung an.

Antwort: Es ist ohne Zweifel gut, wenn die Berliner Regierung nicht Bundeswehr-Kampfflugzeuge nach Libyen schickte. Sie lässt allerdings zu, dass die Bombenangriffe oft von deutschem Boden starten und in der ersten Phase von der US-Basis in Stuttgart-Möhringen gesteuert wurden. Die Motive für die deutsche Entscheidung im Fall Libyen sind (wie bereits 2002/2003 im Fall Irak) allerdings von eigenen Interessen geprägt. Deutsche Regierungen und deutsche Konzerne sind seit Jahrzehnten mit dem Gaddafi-Regime verbunden. Siehe Behauptung und Antwort (2).

Die deutsche Regierung könnte davon ausgehen, dass es in Libyen auch ein Deal mit dem Gaddafi-Regime (oder eine Spaltung des Landes) möglich ist – und dass es mit Blick auf eigene, materielle Interessen falsch wäre, sich jeden Zugang zu der Regierung in Tripolis zu versperren. Im Übrigen gibt es unter kapitalistischen Regierungen und Konzernen das beliebte Spiel, auf beiden Seiten der kriegführenden Parteien Präsenz zu zeigen und überall mitzuverdienen.

***

Die Ära der neuen Kriege begann 1992 mit dem programmatischen Satz von US-Präsident Georg Bush (Senior): „We create a new world order“. Wir schaffen - mit Kriegen – eine neue Weltordnung. Eine Welt-Unordnung kann dabei durchaus mit gemeint und aus Sicht der westlichen Konzerne, Banken und Regierungen sinnvoll sein.

-Anzeige-

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört. Informativ, knapp und klar: *Ossietzky*

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Bestelladresse:
Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B
30167 Hannover
Fax 0511 - 21 55 126
ossietzky@interdruck.net

Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-),
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-
Halbjahresförderabo € 75,-

www.ossietzky.net

Militärreklame an Schulen wird für die Bundeswehr bedeutsamer, aber auch schwieriger

Schulfrei für die Bundeswehr

Frank Brendle

Am Berliner Robert-Blum-Gymnasium hat die Bundeswehr künftig schulfrei: Ende März dieses Jahres beschloss die Schulkonferenz mit großer Mehrheit, eine „Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit der Bundeswehr" abzulehnen. Jugendoffiziere und Wehrdienstberater müssen draußen bleiben.

Wenn dieses Beispiel Schule macht, wird es für die Bundeswehr eng. Denn nach dem Wegfall der Wehrpflicht müssen mindestens 27000 Jugendliche jährlich neu auf dem freien Arbeitsmarkt rekrutiert werden – mehr als zuvor. Dabei geht die „Nachfrage" der Jugendlichen nach einem Ausbildungsplatz beim Militär rapide zurück: Konnten die Wehrdienstberater im Jahr 2009 noch vor rund 290000 Schülerinnen und Schüler die Vorzüge der Bundeswehr ausmalen, interessierten sich ein Jahr später nur noch knapp 200000 Jugendliche (bzw. deren Lehrerinnen und Lehrer) dafür.

Einigermaßen konstant sind dagegen die Einsatzzahlen der Jugendoffiziere: Sie erreichten voriges Jahr 139000 Schülerinnen und Schüler. Im Gegensatz zu Wehrdienstberatern werben Jugendoffiziere nicht für den Arbeitsplatz Bundeswehr, sondern für die „Sicherheitspolitik" der Bundesregierung. Lehrer können sie für einen 90-minütigen Vortrag nebst Diskussion in den Sozialkunde- oder Politikunterricht buchen.

Für die Bundeswehr ist das eine einmalige Chance, das „freundliche Desinteresse" am Militär und die Ablehnung der Kriegspolitik zu wenden, indem sie gezielt jene Altersgruppe beeinflusst, deren politische Bewusstseinsbildung gerade erst beginnt. Vor knapp zweieinhalb Jahren hat die Bundeswehr damit begonnen, sogenannte Kooperationsverträge mit den Bildungsministerien der Länder zu schließen. Darin werden Vorträge von Jugendoffizieren als sinnvolle Bereicherung des Unterrichts empfohlen. Rechtsverbindlichkeit für die Lehrer hat das zwar nicht, aber die politische Signalwirkung ist unverkennbar: Das Abkommen sei „hilfreich, um Hemmschwellen und Bedenken seitens der Schulleitungen abzubauen", und habe bereits zu einem Anstieg der Zahl der Schulbesuche geführt, freuten sich die Jugendoffiziere aus Nordrhein-Westfalen in einer ersten Bilanz.

Kriegspropaganda

Rechtlich gesehen hat Unterricht neutral zu erfolgen und muss kontroverse Positionen auch als solche darstellen. Manche Parteienvertreter (bevorzugt Grüne) ziehen daraus den Schluss, zusätzlich zu Jugendoffizieren auch Friedensbewegte einzuladen. Die meisten Friedenorganisationen lehnen einen solchen Deal allerdings ab, könnten sie das doch schon personell und materiell kaum stemmen. Außerdem würde ein gemeinsamer Auftritt mit Jugendoffizieren deren (falschen!) Status als „Experten" in Sachen Sicherheitspolitik bekräftigen. Dabei sind sie keineswegs Fachleute in dem Sinn, dass sie einen Gegenstand nach bestem Wissen und Gewissen darzustellen suchen. Das verrät schon ein Blick in ihre Arbeitsgrundlage: Das offizielle „Handbuch: Der Jugendoffizier" formuliert als Ziel, die „Zustimmung der Bevölkerung" zur Bundeswehr zu erhalten. „Jugendoffiziere sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr", heißt es weiter, außerdem „müssen sie sich immer an politische Grundsatzaussagen, Analysen und Hintergrundinformationen" des Verteidigungsministeriums halten. Für diese Art von Informationspolitik hält der militärische Sprachgebrauch ansonsten die Bezeichnung „psychologische Kriegführung" bereit. Das ist keine pädagogisch wertvolle Bereicherung eines Unterrichts, sondern Militärpropaganda. Genauso gut könnte man den Pressesprecher des Energiekonzerns RWE als „Experten in Sachen Atomtechnologie" einladen: Alles sicher, bis aufs Restrisiko.

Während die Bundesregierung laut Aussagen gegenüber dem Parlament hofft, dass die Nachfrage nach Jugendoffizieren zunimmt, wächst die Kritik an dieser Form der militärpolitischen Indoktrination. Die Lehrergewerkschaft GEW, aber auch terre des hommes und etliche Schüler-/Lehrer-Initiativen wenden sich dagegen, bereits Minderjährige fürs Militär zu begeistern. Am Berliner Robert-Blum-Gymnasium ist jetzt ganz Schluss. Schafft viele solche Gymnasien!

Free Bradley Manning! Das Totalversagen der Medien

Michael Schulze von Glaßer

Seit einem Jahr sitzt der junge Obergefreite Bradley Manning in US-Militärhaft. Er wird verdächtigt, hunderttausende geheimer Dokumente und ein brisantes Kriegsvideo an das Internetportal Wikileaks weitergegeben zu haben – die größte Enthüllung von Geheimpapieren, die es je gegeben hat. Die westlichen Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak verloren den Schleier der Propaganda und die unsäglichen Grauen der Kriege wurden für jedermann sichtbar. Dafür drohen Bradley Manning 52 Jahre Arrest; sogar die Todesstrafe könnte gegen ihn ausgesprochen werden.

Noch hat die Friedensbewegung das Thema nicht aufgegriffen – in den USA ist es ebenfalls nur ein kleiner (aber wachsender) Kreis Friedensbewegter, die sich im Bradley-Manning-Support-Network zusammengeschlossen haben. In Deutschland scheint es fast unmöglich, für das Thema Gehör zu finden – kaum jemand hierzulande ist der Name „Bradley Manning" ein Begriff; das Thema scheint fern. Aufwändige Massenaktionen scheinen kein geeigneter Weg, um für Solidarität mit dem ungehorsamen US-Soldaten zu werben. Dann schon eher Online-Unterschriftensammlungen.

Doch es ist nicht nur Aufgabe weniger Friedensbewegter, die ohnehin wenig Einfluss haben, für Manning zu kämpfen. Die Medien stehen in der Pflicht, (auch mutmaßliche) Informanten zu schützen. Die einflussreiche „vierte Gewalt" versagt im Fall Manning bisher vollständig. Auch deutsche Journalistinnen und Journalisten, Journalistengewerkschaften sowie die „Reporter ohne Grenzen" müssen sich für die Freiheit des vermuteten Whistleblowers einsetzen.

Wer wird den Medien denn jemals wieder brisante Geheimdokumente im großen Stil zukommen lassen, wenn ihm dadurch die Todesstrafe droht und es niemanden schert? Dies ist nicht zuletzt eine Frage von Freiheit und Demokratie!

Michael Schulze von Glaßer ist Mitglied bei der Informationsstelle Militarisierung (IMI) und der DFG-VK. 2010 veröffentlichte er bei PapyRossa „An der Heimatfront".

Friedensverhandlungen statt Luftangriffe in Libyen

Jan van Aken

Gaddafi muss weg – daran kann es keinen Zweifel geben. Aber so richtig die Unterstützung für die demokratischen Bewegungen in Nordafrika ist, so falsch ist ein militärisches Eingreifen in Libyen. Denn der Kriegseinsatz der NATO wird noch mehr Blutvergießen fordern und noch mehr Leid und Zerstörung über Libyen bringen. Deshalb war es richtig, dass die Bundesregierung der UN-Resolution 1973 nicht zugestimmt hat. Allerdings solle niemand auf die Idee kommen, dass Merkel und Westerwelle plötzlich zu Friedensengeln mutiert sind – kaum hatten sie die Beteiligung an den Luftschlägen in Libyen abgelehnt, sind sie schon wieder bereit, deutsche Soldaten zum Schutz „humanitärer Hilfe" nach Libyen zu schicken.

Der einzige Weg zum Frieden ist ein sofortiger Waffenstillstand. Aber trotz eindeutiger Signale aus dem Gaddafi-Lager hat die Kriegs-Koalition wochenlang weiter gebombt. Denn für Sarkozy und die anderen Kriegswilligen stehen handfeste politische Einsätze auf dem Spiel. Es geht um eine Ablenkung von innenpolitischen Problemen, um die Sicherung der „Festung Europa" gegen afrikanische Flüchtlinge und natürlich auch um Öl. Und sie wollen mit diesem Krieg die Schande vergessen machen, die ihr langes Festhalten an Ben Ali und Mubarak und ihre Kollaboration mit Gaddafi bedeuten. Dessen schwere Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen waren der EU schließlich nicht nur bekannt, sie wurden von ihr finanziert.

Waffenlieferungen an die Rebellen und auch die Entsendung von Bodentruppen könnten bald die nächste Stufe der Eskalation zünden. Dabei ist eines klar: Ein langer, blutiger Bürgerkrieg lässt sich nur durch ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen verhindern. Die NATO muss unverzüglich ihre parteiliche Kriegsführung in diesem Bürgerkrieg einstellen – nur so werden Friedensverhandlungen möglich. Gleichzeitig ist klar, dass kein Mitglied von Gaddafis Familie eine starke Rolle in einem zukünftigen Libyen spielen darf – zu sehr sind sie alle durch ihre Teilhabe an Jahrzehnten der Diktatur diskreditiert. Ein Übergang der Macht auf den nächsten Thronfolger wäre auch ein Schlag ins Gesicht der arabischen und nordafrikanischen Oppositionsbewegungen, die sich für mehr Demokratie in ihren Ländern einsetzen und denen bei den diesjährigen Ostermärschen unsere volle Solidarität gebührt.

Jan van Aken ist Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Das andere Afghanistan

Während in Tunesien und Ägypten unter großer Anteilnahme der Medien friedliche Protestbewegungen ihren Kampf für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und neue demokratische Gesellschaften aufnahmen und damit eine Welle des Umbruchs in ganz Nordafrika und im Nahen Osten auslösten, wird den demokratischen, zivilgesellschaftlichen Kräften in Afghanistan, die sich gegen Krieg und die NATO-Besatzung stark machen, in der westlichen Öffentlichkeit keine Aufmerksamkeit zuteil. Nach wie vor unterstützt der Westen in Afghanistan die Kräfte wie die Warlords im Parlament. Ende Januar 2010 trafen sich in Berlin zivile und demokratische Friedenskräfte aus Afghanistan auf der Internationalen Konferenz „Das andere Afghanistan" der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag. Ein Bericht.

Solidarität mit der Demokratiebewegung in Afghanistan

Heike Hänsel

Neun Jahre nach Beginn der Militärintervention ist die Situation in Afghanistan katastrophal. Die alltägliche Gewalt und die Zahl der zivilen Toten nehmen immer dramatischere Züge an. Hunger, Armut und Hoffnungslosigkeit bestimmen den alltäglichen Überlebenskampf großer Teile der Zivilbevölkerung. Sie wird zerrieben in den Kämpfen zwischen erstarkenden Taliban, NATO-Truppen, Warlords und der Karsai-Regierung. Unter diesen Umständen ist die Entwicklung einer Zivilgesellschaft von unten extrem erschwert und für viele Menschen unmöglich. Umso beeindruckender ist das Engagement dieser langsam erstarkenden zivilgesellschaftlichen Bewegung, deren Vertreterinnen und Vertreter in Berlin erstmalig zusammenkamen, um sich über die Situation und Zukunftsperspektiven ihres Landes mit linken Kräften in Deutschland, aber auch mit Exil-Afghaninnen und Afghanen auszutauschen.

Karsai und die Kriegsverbrecher
Mehr als 400 Menschen haben zwei Tage lang mit Vertreterinnen und Vertretern afghanischer zivilgesellschaftlicher Organisationen, fortschrittlicher Parteien, mit kritischen Journalisten und mit Frauen- und Menschenrechtsaktivistinnen über friedliche Perspektiven für Afghanistan diskutiert. Unter ihnen waren die ehemalige Parlamentarierin Malalai Joya und der Journalist Sayed Yaqub Ibrahimi.

Malalai Joya wurde vom Sender BBC als „mutigste Frau Afghanistans" bezeichnet. Nach ihrer Wahl ins Parlament wurde die Frauenrechtlerin, die schon mehrmals auf Einladung der Linksfraktion in Deutschland war, suspendiert, weil sie die Präsenz der Warlords (der regionalen „Kriegsfürsten") im Parlament anprangerte. Die Regierung Karsai, die sie aus dem Parlament warf, setzt sich zu 80 Prozent aus Kriegsverbrechern zusammen. Joya lebt seitdem im Untergrund, ist Morddrohungen ausgesetzt und kann sich fast nur noch im Geheimen politisch betätigen.

Sayed Yaqub Ibrahimi, kritischer Journalist, der gegen die Warlords und für die Menschenrechte schreibt. Sein Bruder, der Student Sayed Perwiz Kambakhsh wurde 2007 verhaftet und von einem islamischen Gelehrtengericht zum Tode verurteilt, weil er einen islamkritischen Text heruntergeladen hatte. Nach internationalen Protesten wurde das Urteil in eine lebenslängliche Haftstrafe verwandelt. Mittlerweile leben beide Brüder im Exil.

Reha Nawin von der Organisation „Social Association of Afghan Justice Seekers" arbeitet an der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und bereitet Versöhnungsprogramme für die Opfer vor. Sie kritisiert, dass Taliban und Warlords in der Regierung sitzen und dort nicht zur Rechenschaft gezogen werden. 2005 schafften diese sich als Parlamentarier selbst Schutz vor Strafverfolgung, als sie ein Amnestiegesetz erließen. Nur durch die gerichtliche Verfolgung der Täter aber könnte die von Verbrechen geplagte und traumatisierte Bevölkerung anfangen, einen Frieden zu entwickeln, der auch gerecht sei, so Nawin. Dies wird von Karsai und der NATO jedoch verhindert.

Trotz Krieg – Demos gegen Kriegsverbrechen
Diese Beispiele belegen: In Kabul bilden sich trotz all der Unterdrückung immer mehr solcher Gruppen, wie die von Reha Nawin. Im Mai 2010 versammelten sich in Kabul auf der „Victims Jirga for Justice" mehr als 300 Menschen, um sich die Geschichten von Opfern aus ganz Afghanistan anzuhören.

Die Verlängerung des ISAF-Mandats durch den Bundestag wurde von Sayed Yaqub als „Verlängerung des Krieges" scharf kritisiert. Said Pahiz, Sprecher der Solidaritätspartei, kündigte weitere Demonstrationen gegen die Präsenz der NATO-Truppen an. Die Entscheidung des Bundestages steht gegen den Willen der Bevölkerung in Deutschland, die den Bundeswehreinsatz zu 80 Prozent ablehnt. Sie wird aber auch zunehmend von der afghanischen Bevölkerung abgelehnt.

Die ehemalige Parlamentarierin Malalai Joya und der Journalist Sayed Yaqub Ibrahimi waren Gäste auf der Berliner Konferenz. Die beiden Fotos oben rechts zeigen eine Demonstration für demokratische Rechte in Kabul, organisiert von der Organisation „Social Association of Afghan Justice Seekers".

So demonstrierten am 1. August 2010 mehr als 400 Menschen in der Innenstadt von Kabul *(siehe Fotos oben auf dieser Seite)*, mehrheitlich Frauen, anlässlich US-amerikanischer Bombenangriffe in der Provinz Helmand, bei der 52 Menschen, vor allem Frauen und Kinder, ums Leben kamen. Aufgerufen hatte die „Solidarity Party of Afghanistan" (Solidaritätspartei). Diese Partei hat sich gerade registrieren lassen, kandidierte aber nicht bei den Parlamentswahlen. Sie hat bereits über 30 000 Mitglieder und ist im ganzen Land präsent, besonders auch in den ländlichen Regionen. Said Pahiz Mahmood, der Sprecher der Solidaritätspartei, berichtete von vielfältigen Protestformen an der Basis, die den Beginn einer ganz neuen Entwicklung der Zivilgesellschaft markiert.

Die Konferenz solidarisierte sich mit der Demokratiebewegung in Ägypten und Tunesien und forderte eine aktive Unterstützung der demokratischen Kräfte in Afghanistan. Malalai Joya rief die westlichen Medien auf, über die wachsende Anzahl von kritischen Organisationen, Bewegungen und Intellektuellen in Afghanistan zu berichten und diese nicht länger totzuschweigen. Denn in den Medien werden diese und andere Stimmen nicht wahrgenommen oder bewusst unterdrückt. Obwohl die Konferenz zeitgleich zur Verlängerung des Bundeswehr-Mandats stattfand, gab es fast keine Berichterstattung über diese jungen, mutigen Afghaninnen und Afghanen. Bereits gedrehte TV-Beiträge wurden dann doch nicht gesendet. Alle großen Tageszeitungen lehnten dankend ab, einschließlich der tageszeitung taz.

Forderungen
Im Rahmen der Konferenz fand auch ein Vernetzungstreffen mit Exil-Afghaninnen und Afghanen in Deutschland statt. Dabei wurde kritisch und kontrovers über den Abzug der internationalen Truppen und die Verhandlungen mit Taliban-Vertretern diskutiert. Die große Mehrheit der afghanischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer forderte:

- den Abzug der internationalen Truppen
- die Aufarbeitung aller Kriegsverbrechen und eine Verurteilung der Kriegsverbrecher
- Keine Aufwertung der Taliban durch Verhandlungen
- die Stärkung und Unterstützung der demokratischen und progressiven Kräfte in Afghanistan, die sich für den Aufbau einer sozialen und rechtsstaatlichen Gesellschaft einsetzen
- einen Friedensprozess von unten mit einem aktiven Austausch und einer Vernetzung mit der internationalen Friedensbewegung

Vertreter von Friedensgruppen in Deutschland kündigten für Herbst dieses Jahres, zum zehnten Jahrestag des Beginns der NATO-Militärintervention in Afghanistan, ein Afghanistan-Tribunal an und eine Gegenkonferenz zur geplanten Petersburger Konferenz in Bonn.

Die Solidarität mit diesen kritischen Friedenskräfte ist dringend notwendig, damit eines Tages der Funke des Aufbruchs von Nordafrika auch auf Afghanistan überspringt.

Heike Hänsel ist Abgeordnete und entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag. Sie ist Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, Internationale Organisationen und Globalisierung. Hänsel engagiert sich seit Jahren in verschiedenen Bündnissen für friedliche zivilgesellschaftliche soziale Bewegungen weltweit.

10 Jahre Afghanistan-Krieg

Der Herbst 2011 im Zeichen des Afghanistankrieges

Monty Schädel

Mit dem von den USA und ihren Verbündeten vor zehn Jahren begonnenen „Krieg gegen den Terror“ sind nicht nur riesige Mengen Ressourcen verschwendet und zerstört worden.Vor allem wurden tausende Menschen getötet. Als Folge des weltumspannendes Krieges kam es zu einer Forcierung von bewaffneten Auseinandersetzungen, zur Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik. Gleichzeitig wurden in Staaten, die sich zu einer Demokratie bekennen, grundlegende demokratische Rechte außer Kraft gesetzt oder beschnitten. Mit Überwachungen von Millionen Menschen sollen Terroristen angeblich frühzeitig erkannt werden. Mit Sondergesetzgebungen werden jahrelange Inhaftierung und Folter gerechtfertigt – so in Guantanamo (US-Gefängnis auf Kuba), in Abu Graib (US-Gefängnis im Irak) oder in mehreren geheimen US-Spezialgefängnissen in Europa. Nachgewiesene Wahlfälschungen und Korruption werden öffentlich ignoriert und sichern Vasallen-Präsidenten – so in Kabul Hamid Karsai - das Amt. Während „Krieg für Freiheit“ geführt wird, wurden erkämpfte Freiheiten abgebaut.

Zehn Jahre nach dem Beginn des Krieges gegen Afghanistan hat sich die Situation für die Menschen in dem Land nicht verbessert. Die Welt ist nicht sicherer geworden. Die mehrfach geänderten (öffentlichen) Ziele des Krieges sind durchgängig nicht erfüllt. Sie sind selbst für die kriegführenden Staaten der NATO und ihrer Verbündeten nicht mehr erreichbar.

Mit der in der deutschen Parteienpolitik bezeichneten „Übergabe in Verantwortung“ soll jetzt der geordnete Rückzug der NATO aus Afghanistan bis 2014 stattfinden. Dabei wird der Eindruck erweckt, dass „der Job“ der Kriegsallianz getan und die Voraussetzungen für den „Aufbau der Demokratie“ geschaffen worden wären. Das Land und die Menschen seien in die Lage versetzt worden, die gesellschaftlichen Entwicklung selbst zu bestimmen.

Gesprochen wird von der Beendigung des KAMPFeinsatzes und einem Abzug der KAMPFtruppen. Damit ist allerdings nicht der Abzug der Besatzungssoldaten der „Allianz“ gemeint. NATO-Generalsekretär Rasmussen sagt dazu: „Wir werden kein Sicherheitsvakuum zurücklassen, das Instabilität in der Region schaffen könnte.“ Die Militärallianz sei dem Land langfristig verpflichtet und werde auch nach 2014 eine unterstützende Rolle spielen: „Wenn die Taliban glauben, sie könnten jetzt einfach abwarten, um uns loszuwerden, dann liegen sie falsch.“ Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel sieht das ganz ähnlich: „Es wird auch nach 2014 noch Soldaten in Afghanistan geben“. Man habe da „Sicherheitsverantwortung“. Merkel weiter: „Das bedeutet, dass wir über 2014 in Afghanistan engagiert sein werden, sei es finanziell, sei es durch Aufbauhilfe, aber auch durch Präsenz sicherlich von Soldaten.“

Der Krieg wird nach den jetzigen Planungen also auch nach dem Jahr 2014 weitergehen und weitere Opfer kosten.

Mammut-Kriegskonferenz

Auf Initiative der Bundesregierung wird im Dezember 2011 in der Nähe von Bonn eine Konferenz zur Entwicklung in Afghanistan mit mehr als 1000 Vertreterinnen und Vertretern aus den verbündeten Regierungen stattfinden. Diese wird aufgrund der genannten Voraussetzungen keine Friedenskonferenz sein. Vollmundige Verlautbarungen des deutschen Außenministerium („Wir wollen unsere Federführung nutzen, um den Friedensprozess in Afghanistan in den Vereinten Nationen zu begleiten und abzusichern“) können nicht darüber hinwegtäuschen.

Vor zehn Jahren gab es eine erste Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg nahe Bonn. Sie leitete den Krieg ein. Mit der zweiten Petersberger Konferenz soll jetzt zwar der Ausstieg aus dem Krieg offiziell zelebriert werden. In der Realität wird die NATO aber weiterhin Besatzungstruppen in fünfstelliger Zahl in Afghanistan stationiert haben. Die Entscheidungen für das Land werden nicht in Afghanistan und schon gar nicht von den Menschen in Afghanistan gefällt.

Zu erwarten ist eine große Propaganda-Show mit dem Tenor: „Die Kriegsallianz hat den Krieg bis hier verantwortungsvoll und erfolgreich geführt. Leider sind auch Opfer zu beklagen. Jetzt wird die Verantwortung an die afghanische Regierung übergeben.“

Die Aufgabe der Antikriegs- und Friedensbewegung gerade auch im Umfeld dieser Konferenz besteht darin, diese Verlogenheit mit all ihren Details aufzudecken – überzeugend und solidarisch – auch mit den vom Krieg direkt Betroffenen!

Termine im zweiten Halbjahr 2011

01. September (1939/2011) – 72. Jahrestag des Überfalls auf Polen durch das faschistische Deutschland. - In der Bundesrepublik wird dieser Tag durch Gewerkschaften, Antifa, Antikriegs- und Friedensbewegung als Weltfriedenstag/Antikriegstag begangen.

04. September (2009/2011) – zweiter Jahrestag des Massakers von Kundus. Mehr als 140 Tote, darunter eine große Anzahl Kinder, Frauen, Alte, waren zu beklagen, nachdem der Bundeswehroberst Klein die Bombardierung eines Tanklastzuges befohlen hatte.
In der Planung:
- bundesweite Gedenkveranstaltung für die Opfer des Massakers und des Krieges gegen Afghanistan
- Aktionskonzert am Flughafen Halle/Leipzig der Gruppe Lebenslaute (www.lebenslaute.de) gegen die Abwicklung des Nachschubes mit Soldaten und Material über diesen „zivilen“ Flughafen

09. September (2001/2011) – 10. Jahrestag der Anschläge auf das World Trade Center von New York und das US-Kriegsministerium in Washington, die offiziell als Begründung für den „Krieg gegen Terrorismus“ angeführt werden und nach denen der Überfall auf Afghanistan begonnen wurde.

08. Oktober (2001/2011) – 10. Jahrestag des Beginns des Überfalls auf Afghanistan –
In der Planung dazu:
- Menschenkette „Den Krieg in Afghanistan beenden – Zivil helfen!“ in Berlin vom deutschen Kriegsministerium im Bendlerblock zum Bundestag im Reichstagsgebäude am 08. September
- Auftaktveranstaltung zu einem Tribunal über die Verbrechen des Krieges in Afghanistan am 07. September
- Übergabe der Unterschriften unter den Appell „Den Krieg in Afghanistan beenden – Zivil helfen!“ an den Bundestag am 06. September

05. Dezember – Nachfolgekonferenz der NATO und weiterer am Krieg in Afghanistan beteiligter Staaten und Gruppen zur weiteren Entwicklung Afghanistans in Bonn.
In der Planung dazu:
- Demonstration gegen den Krieg am 04. Dezember in Bonn
- verschiedene Aktionen des Zivilen Ungehorsams am 05. Dezember
- Internationaler Kongress des Bündnisses „NO TO WAR – NO TO NATO“ am 03. und 04 . Dezember in Bonn

Weitere regionale und bundesweite Termine der Friedens- und Antikriegsbewegung unter: www.dfg-vk.de/termine
Weitere Informationen und Materialien zu den Protesten auch unter www.afghanistankampagne.de
Kontakt: info@afghanistankampagne.de

Es gibt keine saubere Trennung von friedlicher und militärischer Nutzung der Atomkraft

Kernspaltung in unseren Köpfen

Xanthe Hall

Jede Geschichte hat einen wahren Kern. Die atomare Geschichte hat auch einen: Die radioaktive Strahlung, die der gesamten atomaren Kette vom Herstellen der Spaltmaterialien bis zum Endlagern als zentrales Risiko eigen ist. Am Anfang ihrer Geschichte diente die junge Atomenergie militärischen Zwecken. Es entstanden Atombomben. Erst danach forcierte die Wissenschaft das Konzept, mit ihr auch Strom zu erzeugen.

Man spricht von einer militärischen und einer zivilen Nutzung der Atomenergie. Einmal um eine kriegerisch zu nutzende Explosion, zum anderen um Strom zu erzeugen. Deswegen sagen wir: Atomenergie und die Bombe sind eins.

Nachdem das Erdbeben und der Tsunami Fukushima trafen, stellten viele Menschen die Frage: Warum ausgerechnet Japan dermaßen in die Atomenergie zur Stromerzeugung investiert, nachdem es durch die Atombomben so gelitten habe? Es mag überraschen, dass die japanische Regierung in den 1960er Jahren jegliche Vorsicht vor der Atomenergie verlor und begann, Atomkraftwerke in großem Stil zu bauen.

Doch diese Spaltung im Kopf zwischen dem „friedlichen“ und dem bösen „militärischen“ Atom ist nicht nur japanisch. Auf dem diplomatischen Parkett in New York, Genf oder Wien wird fest daran geglaubt, dass die Atomenergie in Form von Waffen böse ist, aber ganz toll zum Wasserkochen sei. Der Atomwaffensperrvertrag von 1970 hat diesen Glaubenssatz in seinem Artikel IV festgeschrieben. Jedes Land, das auf Atomwaffen verzichtet, hat das Recht auf Atomkraft. Die „Atoms for Peace“-Propaganda der 1950er Jahre wurde zur Grundlage für die Internationale Atomenergie Organisation (IAEO), die noch immer die Förderung der weltweiten zivilen Nutzung der Atomenergie mit voller Kraft verfolgt. Deshalb sind alle Aussagen der IAEO über die Sicherheit der Atomtechnologie mit Vorsicht zu genießen.

Unsere Arroganz und Ignoranz – zu denken, dass wir die massive und potenziell zerstörerische Kraft der Atomenergie beherrschen können – ist meines Erachtens zu verurteilen. Es ist kriminell, die Risiken dieser Technologie zu verharmlosen. Tschernobyl hat gezeigt, wie Menschen Fehler mit welchen Konsequenzen machen. Fukushima zeigt uns, wie wenig wir tatsächlich beherrschen und wie klein wir sind, wenn die Natur unser Schicksal entscheidet. Das Naturdesaster in Japan war schlimm genug, wir haben es mit dem Bau von AKWs in Erbebengebiete verschlimmert. Kann es überheblicher und dümmer gehen?

Montage: Joachim Römer (www.unterblicken.de)

Die Dummheit beginnt zu Beginn der nuklearen Kette mit dem Uranabbau. Uran ist im Gestein eingeschlossen. Indigene Völker – die seit Generationen auf uranhaltigem Boden leben - sagen in ihrer Weisheit, dass das Uran in der Erde bleiben muss. Wenn man es abbaut, wird es gefährlich. Radioaktive und toxische Partikel werden freigesetzt, die Krebs auslösen können.

Das Uran wird zum weiteren Einsatz angereichert. Die Unterschiede in der Technologie für die jeweilige Endnutzung sind minimal. Für die Atomkraft wird das Uran auf rund 3-5% angereichert, für medizinische Isotopen auf 20%, für Atombomben auf bis zu 85-90%. Manche atombetriebene U-Boote oder Forschungsreaktoren (z.B. der FRM II in der Nähe von München) verwenden sogar hochangereichertes (eben waffenfähiges) Uran für zivile Zwecke. Im Klartext: Wenn ein Land anreichern kann, ist das Spaltmaterial für die Waffenoption gesichert.

Es gibt eine weitere militärische Nutzung als Nebenprodukt der Anreicherung: uranhaltige Munition. Geschosse mit Uran-Ummantelung können durch die hohe Dichte des Uran Panzer und Beton durchbrechen. Wenn nach Treffern Uranpartikel freigesetzt werden, hat das radioaktive Schwermetall verheerende Folgen für Mensch und Umwelt.

Und am Ende der Kette fällt, wie immer bei einer Produktherstellung, Müll an. Was sollen wir mit den Bergen an Atommüll tun? Manche Länder, wie u. a. Frankreich, Russland, die USA, Indien und Japan, gehen den Weg der Wiederaufarbeitung. Durch das Verbrennen des Uran in einem Reaktor wird Plutonium erzeugt, das durch eine Wiederaufarbeitung abgetrennt werden kann. Es kann Mischoxid (MOX) als Brennstoff hergestellt werden, der in einem MOX-Reaktor wiederum Strom erzeugen kann. Oder das Plutonium wird für Atomwaffen verwendet und ergibt sogar „bessere“ Bomben als solche mit einfachem Uran. So haben japanische Politiker oft daran erinnert, dass sie aus dem „zivilen“ Bereich genug Plutonium angehäuft hätten, um bei Bedarf ein großes Atomwaffen-Arsenal bauen zu können. Am Ende des Weges „Wiederaufbereitung“ stehen also Atomwaffen oder – erneut Müll, nochmals gefährlicher strahlender Müll.

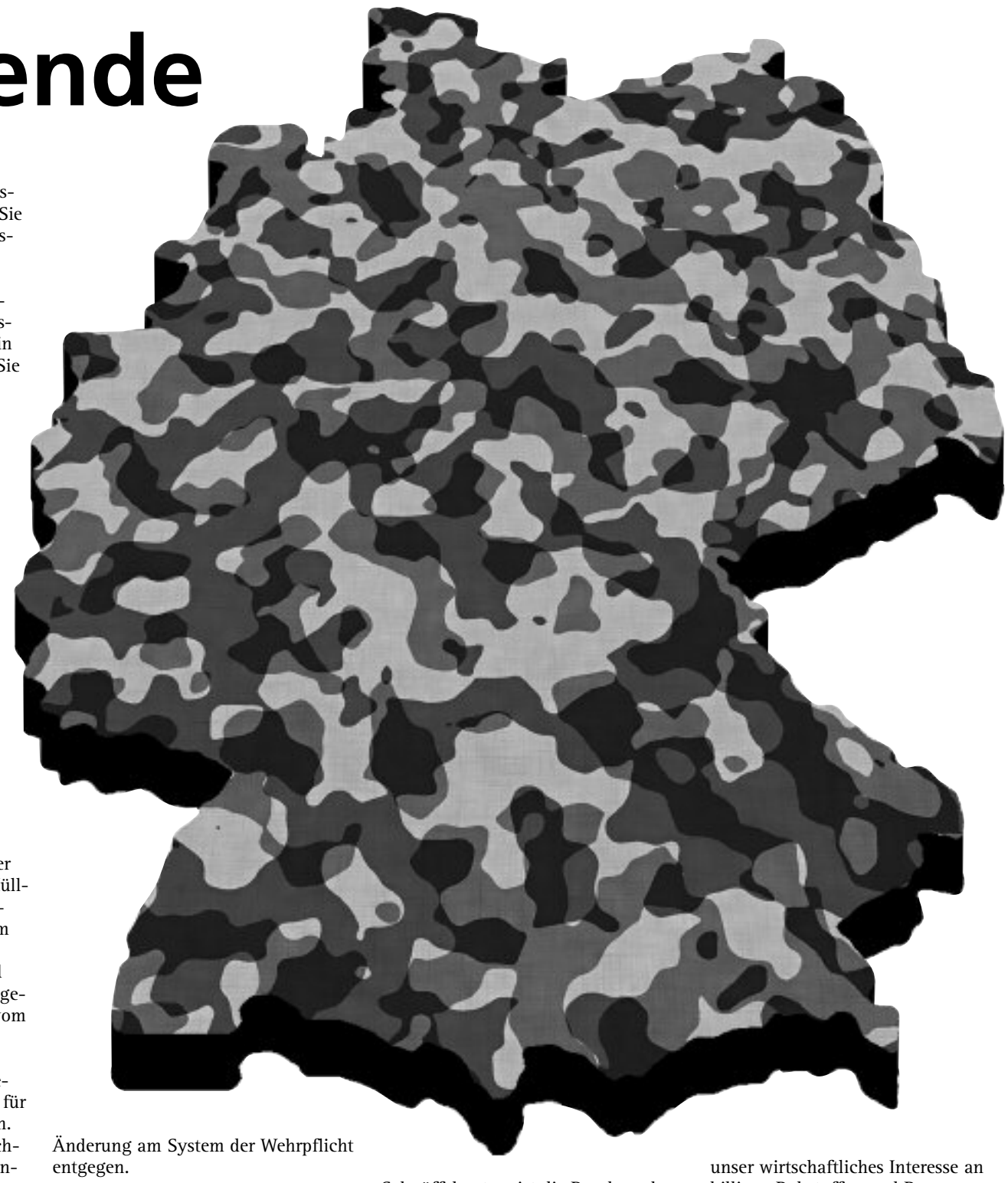
Wenn man im „Westen“ über den Iran redet, dann ist dessen zivile Nutzung der Atomenergie nur böse. Dabei stellt der Konflikt mit dem Iran eine der Säulen des Atomwaffensperrvertrags in Frage: das Recht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie. Diese Säule bröckelte in den 1990er Jahren, als das hinter einem „friedlichen“ Programm versteckte militärische Atomprogramm im Irak aufgedeckt wurde. Diesem Weckruf folgte auf dem Fuße die Aufdeckung des illegalen Schmuggelnetzes des pakistanischen Wissenschaftlers A.Q. Khan. Spätestens dann wurde klar, dass hinter zivilen Programmen oft der Waffenbau versteckt wurde.

Es gibt keine „friedliche“ Atomenergie. Erstens, weil die ihr innewohnende zerstörerische Kraft immer vorhanden ist und zweitens, weil von außen die tatsächliche Absicht des Nutzers nie mit Sicherheit zu bestimmen ist. Die IAEO kann kontrollieren, Proben entnehmen und Fragen stellen. Dennoch kann ein Verdacht der militärischen Nutzung nie völlig ausgeräumt werden. Stichhaltige Beweise für eine solche Nutzung finden sich selten. Die Ansicht über die Kernspaltung ist gespalten – ist sie gut oder böse? Dennoch sollten wir die unauflösliche Verbindung zwischen allen Aspekten der nuklearen Kette erkennen: Uranabbau, Anreicherung, Atomkraft, Wiederaufarbeitung, Atomwaffen, Atommüll und Fallout. Es ist die für Mensch und Umwelt gefährliche radioaktive Strahlung, die wir bei jedem dieser Kettenglieder zusätzlich erzeugen. Wenn wir über ein Kettenglied diskutieren, können wir die anderen nicht auslassen – gerade auch wenn es um CO_2-Emissionen geht. Sie alle addieren sich zu einem hässlichen, radioaktiven und toxischen Kern dieser Technologie, voller Risiken und drohender Verseuchung. Daher plädiere ich für den Ausstieg aus der Atomenergie insgesamt, nicht nur aus einem ihrer Teile.

Xanthe Hall – Abrüstungsexperte der deutschen IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung – International Physicians for the Prevention of Nuclear War)

Die „Abschaffung“ der Wehrpflicht

Einsatz der Bundeswehr gegen Streikende



Ulrich Sander

Am 24. März wurde vom Deutschen Bundestag auf Antrag der Bundesregierung die Aussetzung der Wehrpflicht verfügt. Es wurde der Eindruck erweckt, die Wehrpflicht gelte künftig nicht mehr. Dabei wird allenfalls vorübergehend darauf verzichtet, Wehrpflichtige einzuberufen. Es sollen stattdessen freiwillige Dienstleistende geworben werden. Dazu soll ein großer Aufwand betrieben werden, sodass die Einsparungen aus der Wehrreform, von denen oft gefaselt wurde, in den Sternen stehen. Die Bundeswehr wird zunächst einmal teurer.

Sie wird aber auch größer. Denn die letzte Änderung des Wehrpflichtgesetzes, jene vom 17. Februar 2005, wurde nie mit bedacht. Damals wurde nächtlich und ohne Aussprache das „Gesetz über die Neuordnung der Reserve der Streitkräfte und zur Rechtsbereinigung des Wehrpflichtgesetzes“ beschlossen. Der Kern des Gesetzes sind die Anhebung des Alters von 45 auf 60 Jahre bis zum dem Reservisten einberufen werden können, und der Einsatz von Reservisten im Krieg und im Inneren des Landes.

Fast ohne Berichterstattung der Medien ging die Beschlussfassung im Bundestag über die Bühne. Ihre heutige Auswirkung: Die Bundeswehr wird mit der Aussetzung der Wehrpflicht nicht kleiner, sondern größer. Und die Wehrpflicht ist jederzeit rückholbar, und für die Reservisten bleibt sie ohnehin gültig. Obwohl es für Frauen keine Wehrpflicht gab, werden die weiblichen Reservisten gleich rückwirkend mit vereinnahmt. Auch sie sollen Wehrübungen ableisten, wenn sie bis 2010 ausgeschieden sind. Und Wehrübung, das heißt nicht etwa üben, sondern kämpfen. Die Bundesregierung schrieb in die Begründung für die Änderung des Wehrpflichtgesetzes vom 24. März hinein: Reservistinnen und Reservisten machen dasselbe wie Aktive, und dies im In- und Ausland und zwar in einer Armee des Einsatzes. Also im Krieg.

Und dies geschieht nicht etwa freiwillig. Kanzlerin Angela Merkel schrieb an den Bundestag: „Ein Rückgriff auf Reservistinnen und Reservisten soll zur Bewältigung von Krisensituationen ohne deren Zustimmung möglich bleiben.“ An einsatzfähigen Reservisten gibt es derzeit rund 1,2 Millionen. Für 94000 von ihnen ist ständig ein „Arbeitsplatz“ bei der Bundeswehr vorhanden. Somit sinkt mit der Bundeswehrreform die Zahl der Soldaten nicht auf 185000, wie uns weisgemacht werden sollte, sondern sie steigt auf rund 280000. Doch darüber wird nicht berichtet.

Petra Pau (eine der beiden PDS-MdB, die es damals gab), führte in ihrem schriftlich eingereichten Debattenbeitrag im Februar 2005 aus: „Reservistinnen und Reservisten sollen in den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee aktiv einbezogen werden. ... Hinzu kommt: Mit § 6c des vorliegenden Gesetzentwurfes wollen Sie den Einsatz der Bundeswehr im Inneren der Bundesrepublik Deutschland vorbereiten. Sie weisen Reservistinnen und Reservisten entsprechende Aufgaben zu.“

Zwei Jahre später meldete die Bundeswehrzeitschrift „Y“: „Seit Jahresbeginn stellt sich die Bundeswehr in der Fläche der Republik neu auf.“ Sie zitierte den damaligen Minister Franz Josef Jung: „Die flächendeckende Einführung der Zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) im Inland stellt sicher, dass die Bundeswehr in unserer Heimat jederzeit und an jedem Ort unseres Landes Hilfe und Unterstützung leisten kann.“ Zu den Unterstützungsleistungen – das wissen wir heute – gehört das, was eine Antwort der Bundesregierung an die Fraktion Die Linke im Bundestag vom 28.8.09 besagt: Zumindest im öffentlichen Dienst steht Streikbruch mittels Bundeswehr auf der Tagesordnung. Die ZMZ-Kommandos kommen auch bei Demonstrationen zum Einsatz.

Der Militäreinsatz anlässlich von Streiks im Transport-, Energie- oder Gesundheitswesen sowie bei der Müllabfuhr wird nicht ausgeschlossen – eine Entscheidung darüber sei „dem jeweiligen Einzelfall vorbehalten“. (laut BT-Drucksache 16/13847 und Pressemitteilung der Bundestagsabgeordneten der Linken, Ulla Jelpke, vom 1. September 2009).

Ulla Jelpke dazu: „Die Bundesregierung hält sich damit alle Optionen für den Militäreinsatz im Inneren offen. Die ZMZ-Kommandos wirken gleichsam als militärische Vorauskommandos, die schleichend in die zivilen Verwaltungsstrukturen einsickern. Das Konzept der ZMZ läuft damit letzten Endes auf einen offenen Verfassungsbruch hinaus.“

Den Interventionen der Bundeswehr im Ausland folgen die im Inland. Von Guttenbergs und de Maizières Bundeswehrreform sollte auf starken Widerspruch bei der Gewerkschafts- und Friedensbewegung stoßen. Vor allem sollte die Bewegung sich endlich in die „Reformdiskussion“ einbringen. Der Satz in der Erklärung des DGB zum Antikriegstag am 1. September 2010, man sei für den Erhalt der Wehrpflicht, weil sonst eine Berufsarmee als Staat im Staat drohe, ist ein unzureichender Debattenbeitrag. Denn die Wehrpflicht sollte durchaus infrage gestellt werden und zwar als Beitrag in Richtung auf eine Demilitarisierung Deutschlands, wie sie uns 1945 völkerrechtlich auferlegt wurde. Denn Experten haben festgestellt, dass die Aktivitäten der Bundeswehr bei ihren Auslandseinsätzen, vor allem aber auch im Innern der Republik, verfassungswidrig sind (Heribert Prantl SZ, 25. 01.10).

Das müsste eigentlich dazu führen, dass für ein derart verfassungswidriges Unternehmen nicht auch noch an Schulen und in Arbeitsagenturen geworben werden darf. Doch der sich häufende Bundeswehreinsatz an Schulen ist längst Teil einer umfassenden Militarisierung der Gesellschaft. Nur scheinbar steht dem die Änderung am System der Wehrpflicht entgegen.

Auf allen Ebenen der Republik fallen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit, zwischen Bundeswehr, Geheimdiensten und Polizei. Am von ehemaligen Bundesinnenminister Schäuble begründeten und seinen Nachfolgern weitergebauten Überwachungsstaat und seinem Schnüffelsystem ist die Bundeswehr beteiligt. Militarisierung und Demokratieabbau nach innen und ständige kriegerische Einsatzbereitschaft nach außen – dafür steht die Bundeswehr. Paul Schäfer (Die Linke) machte in der Debatte zum Wehrdienstgesetz auch darauf aufmerksam: Die Soldatinnen und Soldaten „sollen jetzt auch noch unser wirtschaftliches Interesse an billigen Rohstoffen und Ressourcen durchsetzen.“ Doch was heißt hier: „Unser“? Und warum sagte auch Die Linke bisher nichts zur Ausweitung der Reservearmee?

Ulrich Sander ist Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Anzeige

Libyen – keine „humanitäre Intervention“, sondern ein neuer NATO-Krieg

Der Diplomatie keine Chance

Joachim Guilliard

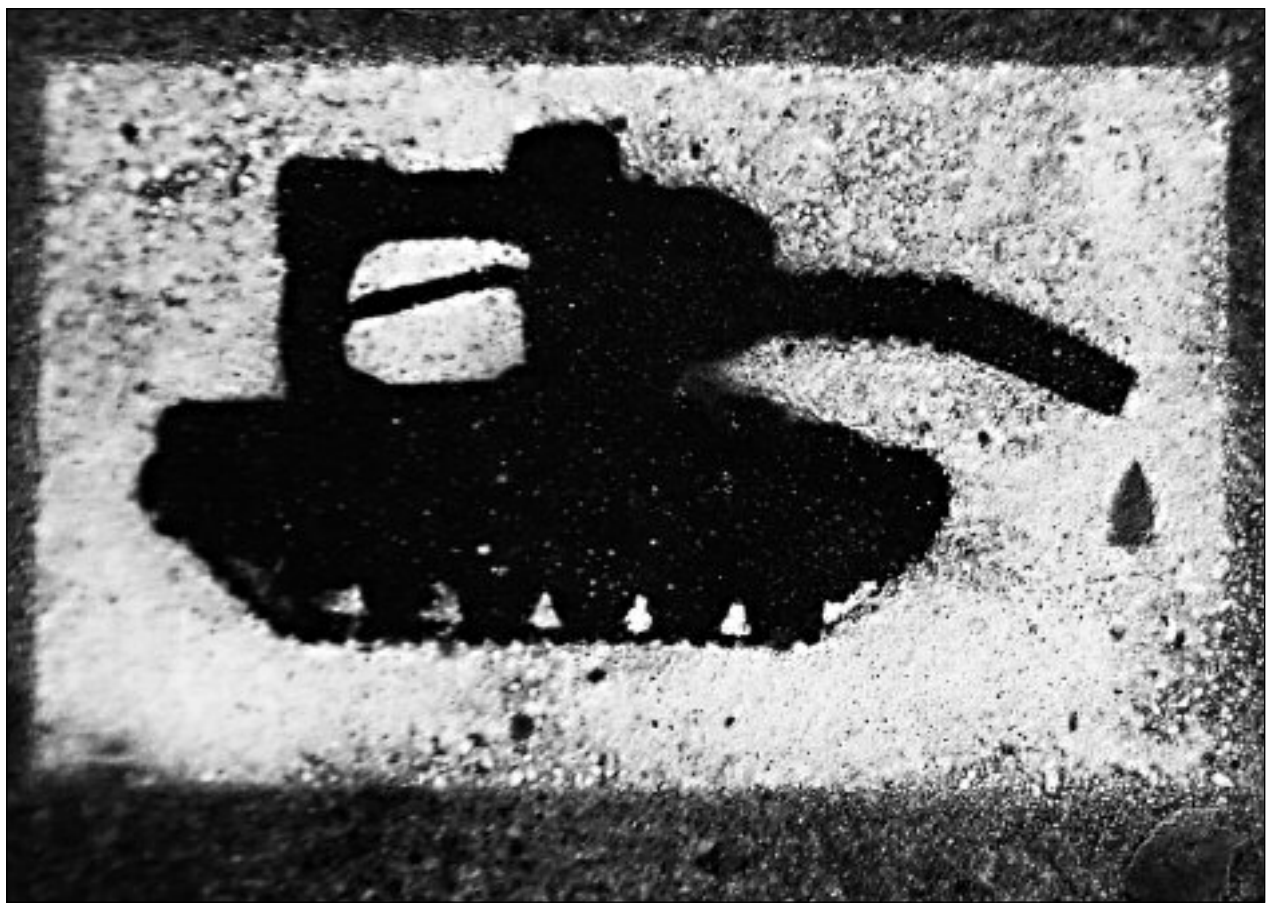
Bereits am Tag, nachdem sie sich mit der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats zur militärischen Intervention in den libyschen Bürgerkrieg ermächtigt hatten, starteten die USA und die alten Kolonialmächte, Frankreich und Großbritannien, Luftangriffe auf Libyen. Auch die Vermittlungsversuche Venezuelas und der Afrikanischen Union wurden dadurch torpediert. Nach zweimal Irak, Jugoslawien, Somalia und Afghanistan begann somit der sechste Krieg von NATO-Staaten seit US-Präsident George Bush sen. 1991 eine „Neue Weltordnung“ verkündete. Koordiniert werden die Angriffe u.a. von Möhringen bei Stuttgart aus, wo das US-Kommando für Afrika (AFRICOM) seinen Sitz hat.

Die Angriffe dienten keineswegs der Erzwingung eines Flugverbots. Kein Flugzeug der libyschen Luftwaffe war in der Luft gewesen. Neben Luftabwehrstellen wurden auch unzählige andere militärische Ziele und zivile Infrastruktureinrichtungen bombardiert. Mit Angriffen auf Bodentruppen der libyschen Armee schossen die Kampfjets der NATO den Aufständischen den Weg nach Westen frei. Ziel ist offensichtlich nicht, ein Ende der Kamphandlungen im libyschen Bürgerkrieg zu erzwingen, sondern einer Seite zum Sieg zu verhelfen. 735 Kampfeinsätze flog die Westallianz allein in den ersten 10 Tagen. In der Folge häuften sich die Meldungen über Opfer unter der Zivilbevölkerung. Der Vertreter des Vatikans in Tripolis hatte selbst bis Ende März schon 40 durch NATO-Bomben getötete Zivilisten gezählt, ein Arzt aus der Hafenstadt Mistrata sprach von 160 Toten. Die Bombardierungen gingen nach dem Wechsel des Kommandos an die NATO unvermindert weiter. Auch Uranmunition kommt offenbar wieder zum Einsatz, mit der bereits Kampfgebiete im Irak, Jugoslawien und Afghanistan radioaktiv verseucht wurden.

Keine Beweise für Massaker

Der Ruf nach einer Flugverbotszone über Libyen wurde damit begründet, Machthaber Muammar al-Gaddafi würde die Luftwaffe gegen friedliche Demonstranten einsetzen und die „eigene Bevölkerung abschlachten“. Doch selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates gab an, dafür keine Beweise gesehen zu haben. Auch westliche Nachrichtenagenturen äußerten grundsätzliche Zweifel an den Berichten der Aufständischen über Luftschläge und Artillerieangriffe. „Morgens heißt es: Dieser und jener Ort ist dem Erdboden gleichgemacht,“ so ein hochrangiger EU-Vertreter gegenüber *DPA*, „Mittags ist dann auf einmal alles in Ordnung.“ Die Luftaufklärung des russischen Militärs registrierte zwar Luftangriffe auf Armeedepots, die von Rebellen erobert worden waren, schließt Angriffe auf Demonstranten jedoch aus.

Zweifelsohne gingen Regierungstruppen mit schockierender Gewalt gegen Demonstranten vor; es gab bereits in den ersten beiden Tagen bis zu 30 Tote. Belastbare Hinweise auf regelrechte Massaker gibt es jedoch nicht.



Schon am 18. Februar, am Tag nach den ersten Zusammenstößen am „Tag des Zorns“, griffen auch einige Gaddafi-feindliche Kräfte zu massiver Gewalt. In Bengasi wurden zwei Polizisten gelyncht (*Xinhua* 19.2.) und in der Großstadt al-Baida 50, als Söldner bezeichnete Schwarzafrikaner exekutiert (*Guardian* 18.2.). Bewaffnete Islamisten stürmten in Derna ein Armee-Depot und den danebenliegenden Hafen, nahmen eine größere Zahl Soldaten und Zivilisten als Geiseln und drohten sie zu erschießen, falls die libysche Armee sich nicht aus der Stadt zurückziehe (*AFP* 21.2.). Die Auseinandersetzungen gingen in kurzer Zeit in einen Bürgerkrieg über. Zverlässige Informationen wurden immer spärlicher.

Kriegsallianz – fest an der Seite von Despoten

Treibende Kräfte bei diesem Krieg waren neben der französischen Regierung, die bis zuletzt die Diktatoren Mubarak und Ben Ali unterstützt hatte, die Golfmonarchien, die selbst im eigenen Land die demokratische Opposition mit brutaler Gewalt unterdrücken und nur wenige Tage vor der Sicherheitsresolution zu Libyen in Bahrain einmarschierten, um die dortige Protestbewegung gewaltsam zu ersticken.

Die NATO-Mächte, die mit ihren Bomben auf Libyens Städte angeblich die Zivilbevölkerung schützen wollen, unterstützten 2006 den Krieg Israels gegen den Libanon und verhinderten Anfang 2009 ein Einschreiten der UNO gegen die mörderischen Angriffe Israels auf den Gazastreifen. SPD und Grüne fordern vehement ein militärisches Eingreifen zum Schutz der libyschen Bevölkerung, lassen aber zu, dass NATO-Truppen am Hindukusch Woche für Woche Dutzende Menschen töten. Zur selben Zeit, als die UN-Resolution 1973 verabschiedet wurde, brachte ein US-amerikanischer Drohnenangriff auf eine Stammesversammlung in Pakistan über 40 Menschen den Tod.

Eine solche Kriegsallianz kämpft mit Sicherheit nicht für Demokratie und Menschenrechte. In Libyen sei der „Grad der Unterdrückung“ nicht „durchdringender und schwerer“ als in anderen autoritär regierten Ländern, schreibt der UN-Sonderberichterstatters für die Menschenrechte in Palästina, Richard Falk. „Andere Gesichtspunkte geben eine bessere Erklärung: Zugriff auf und die Preisgestaltung beim Öl, Rüstungsexporte, Sicherheit von Israel und der Bezug zur neoliberalen Weltwirtschaft.“

Ökonomische und strategische Interessen

Mit 46,6 Milliarden Barrel (ein Barrel sind 159 Liter) verfügt Libyen über die größten nachgewiesenen Ölreserven Afrikas, liegt aber mit einer Fördermenge von etwa 1,7 Millionen Barrel Rohöl am Tag hinter Angola und Nigeria. Nach dem Sturz der Monarchie war die Ölproduktion schrittweise in die Hände der staatlichen Nationalen Ölgesellschaft LNOC überführt worden. Mit den Öleinnahmen konnte der Staat seinen Bürgern einen relativ hohen Lebensstandard verschaffen, den höchsten Afrikas. Es gelang dem Regime jedoch nicht, seine Abhängigkeit vom Erdölexport zu verringern. Niedrige Rohölpreise und die gegen das Land verhängten Sanktionen brachten die Wirtschaft in den 1990er Jahren an den Rand des Ruins. Die libysche Führung suchte nun einen Ausgleich mit dem Westen. Ab 2000 wurden die Sanktionen schrittweise aufgehoben und Libyen öffnete im Gegenzug seine Ölproduktion den ausländischen Unternehmen. Zwischen 2003 und 2005 wurde eine Vielzahl von Explorations- und Produktionslizenzen vergeben. Mittlerweile sind alle großen amerikanischen und europäischen Ölkonzerne im Land aktiv. Die libyschen Konditionen sind zwar hart, dafür ist das Öl von bester Qualität und liegt sehr nahe bei den Abnehmern. 2007 entschied die LNOC jedoch vorerst keine neuen Ausschreibungen durchzuführen, sondern stattdessen die bestehenden Verträge nachzuverhandeln. Als sich die großen Ölkonzerne dagegen wehrten, kündigte sie an, die weitere Exploration eventuell auch alleine durchzuführen.

In der libyschen Führung stritten sich dabei zwei Gruppierungen. Die eine setzte auf stärkere Privatisierung und wollte, um mehr ausländisches Kapital anzulocken, den Öl-Multis bessere Konditionen anbieten. Die andere hielt an der Politik der nationalen Kontrolle über die Ressourcen des Landes fest und propagierte eine stärkere „Libyanisierung“ der Ölproduktion. Einige Vertreter der ersten Tendenz sind nun in führenden Positionen der Gegenregierung. Sollte die NATO-Intervention einen Machtwechsel in Tripolis durchsetzen oder der Bürgerkrieg zu einer Teilung des Landes führen, können sich westliche Konzerne begründete Hoffnungen machen, in Zukunft besser zum Zuge zu kommen.

Die Intervention der neuen „Allianz der Willigen“ im ölreichsten Land Afrikas zielt auf einen „Regime Change“ wie im Irak. Er kann leicht ähnlich fürchterlich enden wie im Zweistromland. Dort stürzte er die einst relativ weit entwickelte irakische Gesellschaft in den Abgrund und der Zerfall schreitet noch immer fort. Die Hälfte der knapp 30 Millionen Einwohner lebt nun in äußerster Armut, Millionen Iraker hungern. Die Versorgung mit Trinkwasser und Strom ist miserabel und die einst vorbildlichen Gesundheits- und Bildungssysteme liegen am Boden.

Joachim Guilliard ist Autor von Büchern über den Irak und lebt in Heidelberg

Völkerrecht contra Bürgerkrieg

Die Militärintervention gegen Gaddafi ist illegitim

Von **Reinhard Merkel**, *FAZ*, 22.3.2011

[...] Die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats vom 17. März, die den Weg zur militärischen Intervention in Libyen freigab, und Maß und Ziel dieser Intervention selbst überschreiten die Grenzen des Rechts. Nicht einfach nur die Grenzen positiver Normen [...] sondern die seiner Fundamente: der Prinzipien, auf denen jedes Recht zwischen den Staaten beruht.
[...]
Ganz gewiss: Gaddafi ist ein Schurke, dessen Entfernung von der Macht ein Segen wäre, nicht nur für Libyen. Aber die Annahme, die ihn bekämpfenden Rebellen seien eine Demokratiebewegung mit homogenen freiheitlichen Zielen, ist lebensblind.
[...]
Dass Gaddafi keinen Völkermord begonnen hat, ist evident.

[...] Es ist aber ein normatives Unding, zur Befriedung eines militärischen Konflikts die Machtmittel der einen Seite auszuschalten, um denen der anderen zur freien Wirkung zu verhelfen. Nur so freilich lässt sich der Sturz Gaddafis erreichen. Und eben darum geht es.

Nun also: Darf man zum Schutz der Zivilbevölkerung eines anderen Staates gegen diesen Staat Krieg führen? Ja, in Extremfällen darf man das – wenn sich nur so ein Völkermord oder systematische Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhindern lassen, wie sie Artikel 7 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs beschreibt.
[...]
Dass Gaddafi keinen Völkermord begonnen oder beabsichtigt hat, ist evident. [...] Haben Gaddafis Truppen systematisch Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen oder doch als bevorstehend befürchten lassen? Die Antwort lautet beide Male: nein. [...]
„Der Diktator führt Krieg gegen sein eigenes Volk, bombardiert systematisch seine eigene Bevölkerung, massakriert die Zivilbevölkerung seines Landes“ – ja, das alles, in den vergangenen Tagen tausendfach wiederholt, wären Beispiele für gravierende Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Aber Gaddafi führt Krieg gegen bewaffnete Rebellen, die ihrerseits Krieg gegen ihn führen. Kämpfende Aufständische, und wären sie Stunden zuvor noch Bäcker, Schuster und Lehrer gewesen, sind keine Zivilisten. Dass Gaddafis Truppen gezielt Zivilisten töteten, ist vielfach behauptet, aber nirgends glaubhaft belegt worden.
[...] Doch auch für die innere Legitimation eines bewaffneten Aufstands gibt es normative Schranken. [...] Aber die militärische Rebellion in einem modernen Staat ist immer verbunden mit zahllosen Opfern unter der Zivilbevölkerung, die den Aufstand nicht wünschen. Dass es Millionen Libyer gibt und viele unter den zivilen Opfern geben würde, die den bewaffneten Kampf gegen Gaddafi missbilligt haben, wusste man vorher. [...] Solchen Opfern wird der Tod für ein Ziel aufgezwungen, das sie nicht gewollt haben.

Reinhard Merkel lehrt Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg.

Morgendämmerung

Arno Klönne

„Odyssee Morgendämmerung“ („Odyssey Dawn“), der zynische Name, den die Betreiber des Bombardements auf Libyen ihrem Unternehmen gegeben haben, enthält einen Nebensinn: Deutlicher als bisher treten die Konturen der Geopolitik europäischer Staaten und der USA ans Licht, auch die Interessen und die Mentalitäten, die solches militärische Zuschlagen leiten.

Erstens: Die kriegerisch angreifenden Staaten geben sich kaum noch Mühe, den Anschein zu erwecken, ihr Handeln sei vereinbar mit den überkommenen Regeln des Völkerrechts; auf die Reputation der Vereinten Nationen nehmen sie keine Rücksicht mehr. Dem Sicherheitsrat der UN wurde eine Resolution untergeschoben, die den kriegführenden Staaten eine Blankovollmacht ausstellt, mit welchen Mitteln und zu welchem Ende sie in Libyen agieren. Daß eine „Flugverbotszone“ durchgesetzt werden solle, „zum Schutz der Zivilisten“, ist nur ein höhnender Scherz; der Einsatz einer hochgerüsteten Militärmaschinerie zur Unterstützung einer Bürgerkriegspartei war schon vorbereitet, als im Sicherheitsrat die Verhandlungen begannen. In Zukunft werden waffentechnisch unterlegene Völker keine Zweifel mehr haben können: Wenn ihnen die Militärmächte „humanitäre Hilfe“ androhen, ist es für Zivilisten an der Zeit, den Luftschutzkeller aufzusuchen. Das „Flugverbot“ gilt ja nicht für auswärtige Aggressoren, schon deshalb nicht, weil diese sich den unbeliebten Einsatz am Boden ersparen wollen.

Zweitens: Kaum noch verhüllt wird, daß militärische Zugriffe eigenen neokolonialen, vor allem wirtschaftlichen Interessen dienen. Nur ein Beispiel: Der (durch die Luftwaffe der „Helfer“ ermöglichte) Vormarsch der „Rebellen“ in Libyen gen Westen werde eine Neuverteilung der „Kontrolle“ über libysches Öl bewirken, sagt der britische Minister für „Verteidigung“, Liam Fox. Der Experte Nikolas Busse, Autor des Buches „Entmachtung des Westens“, das vor pazifistischen Anwandlungen warnt, applaudiert: „In London hat man sich aus der Kolonialerfahrung das Gefühl dafür bewahrt, für die eigenen Interessen und Werte gelegentlich zu den Waffen greifen zu müssen.“

„Werte“ – ja welche? Imperialismus, so der Trend, muß gar nicht mehr so sehr ethisch umhüllt werden. Europäische Staaten und die USA nehmen bei ihrer Operation in Libyen ganz ungeniert die Unterstützung arabischer Despoten in Anspruch, wenn diese sich geopolitisch als nützlich erwiesen haben; Volksbewegungen in Nordafrika und am Golf werden danach beurteilt und behandelt, ob sie sich für die eigenen machtpolitischen Strategien einspannen lassen.

Drittens: Das alles ist offensichtlich – und dennoch schlagen sich in etlichen europäischen Ländern linke oder grüne Parteien auf die Seite der Kriegsbetreiber. Auch in der Bundesrepublik treten Politiker aus der SPD und den Grünen als Befürworter militärischer Interventionen auf, Gewaltanwendung im internationalen Verkehr gilt ihnen als Normalität. Zustimmung dafür haben sie bei den meisten Intellektuellen vom Dienst und beim Großteil der Medien. Aufschlußreich ist, mit welchen Anwürfen hier eine Bundesregierung bedacht wird, die sich – aus welchen Motiven auch immer und wohl eher versehentlich – bei der Abstimmung über den Krieg im Libyen im UN-Sicherheitsrat enthaltsam verhielt: Lauthals wurde „Feigheit“, „Drückebergerei“ und „Verrat an der eigenen Sache“ beklagt. Eine „Schande“ sei es, daß die Bundesrepublik sich der militärischen Pflicht verweigere. „Morgendämmerung“: Die vielbeschworene „Zivilgesellschaft“ wird erkennbar als Pflegestätte kriegerischer Gesinnung. „Stahlgewitter“ sind wieder willkommen, jetzt freilich so, dass sie dort stattfinden, wo Flugverbote gelten. Für die Unterlegenen.

Gerhard Schröder und Joseph Fischer können zufrieden sein: Im sogenannten rot-grünen Lager und in dessen literarisch-publizistischem Umfeld ist die „Enttabuisierung des Militärischen“ gelungen.

Nicht zu vergessen: In Tripolis und anderen libyschen Städten bedeutet Morgendämmerung jetzt, daß eine Bombennacht vorüber ist: Die Ruinenfelder haben sich ausgedehnt, ätzender Qualm liegt über allem, Leichen werden ausgegraben, kleiner gewordene Familien trauern schweigend oder schreiend. Und für die nächste Nacht sind noch massivere Bombardements zu erwarten, solange dieser „Schutz für Zivilisten“ (offizieller Kriegsgrund) andauert.

Prof. Arno Klönne, Jg. 1931, war Professor für Soziologie an der Universität Paderborn. Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen Nachdruck aus „Ossietzky“, Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Heft 7/11

Ja zum Sonderweg

Druck machen für einen Waffenstillstand, Verhandlungen und eine faire Berichterstattung: Ein pazifistischer Blick auf Libyen

Andreas Buro, *junge Welt*, 04.04.2011

[...] Beim militärischen Eingreifen der NATO in Libyen entstehen Zweifel über die wirklichen Motive. Warum greift der Westen nur in Libyen ein und nicht in Saudi-Arabien, Bahrain, Syrien, Israel, Simbabwe oder an der Elfenbeinküste? Warum wurden die Bemühungen um eine politische Lösung, die von der Afrikanischen Union, Lateinamerika und von der Türkei ausgingen, nicht unterstützt, sondern durch schnelle Bombenangriffe zunichte gemacht? Warum wird fast ausschließlich über die tatsächlichen und potenziellen Opfer der Truppen Muammar Al-Ghaddafis berichtet, aber nicht über die Massaker der Rebellengruppen?

Die Spitzenpolitiker der Rebellen, Mahmud Dschibril und Ali Tarhuni, haben ihr Studium in den USA absolviert und waren dort an Universitäten tätig. Wem fällt da nicht sogleich der afghanische Präsident Hamid Karsai ein? Geht es auch um Zugriffsmöglichkeiten auf das libysche Öl? Erlaubt die UN-Resolution wirklich, daß die NATO im Bürgerkrieg Partei auf der Seite der Rebellen ergreift? Welchen Anteil an der Rebellion haben westliche Geheimdienste? [...]

Um glaubwürdig zu sein, muß die Behauptung der »militärischen humanitären Intervention« ständig legitimiert werden. Sind keine „Beweise“ vorhanden, so müssen sie erfunden werden. Es besteht der ständige Drang zur Verbreitung von Falschdarstellungen und Lügen. Dies war im Irak- und im Kosovo-Krieg reichlich zu beobachten. Solche irreführenden Darstellungen verhetzen die Bevölkerung und schaffen psychische Feindbilder vom „bösen Gegner“, dem alles Schlechte angelastet wird. So verstellen sie den Blick auf die wirklichen Verhältnisse und führen zu Realitätsverlust.

Andreas Buro ist friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Krieg

Geschäfte von Daimler/EADS und Heckler&Koch laufen wie geschmiert

Jürgen Grässlin

Kaum besser als in diesen Tagen politischer Instabilität und kriegerischer Auseinandersetzungen im Norden Afrikas, im Nahen und Mittleren Osten lässt sich belegen, wie sich rüstungsproduzierende Unternehmen in Deutschland als Kriegsprofiteure bereichern. Dank der hemmungslosen Waffenexportpolitik der Bundesregierung vermelden die EADS, mit ihrem größten Anteilseigner Daimler AG, und die Heckler&Koch GmbH (H&K) weiter steigende Profite. Im Fall des Libyen-Kriegs profitiert die EADS von Waffentransfers beiderseits der Front.

Gebetsmühlenartig betont die Bundesregierung seit Wochen ihre uneingeschränkte Solidarität mit den Demokratiebewegungen in repressiven Staaten. Dabei überschlagen sich Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle in blumigen Bekundungen: „Wir können bei der Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen keinen Kompromiss machen“, verkündete Merkel im Februar 2011. Laut Westerwelle führe der Weg zur Stabilität in Ägypten und auch Libyen einzig „über die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte“.

Berichte der Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) lassen keine Zweifel daran aufkommen, dass gerade Libyen zu den Staaten gezählt werden muss, in denen Menschen- und Bürgerrechte massiv verletzt wurden und werden: „Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit blieben stark eingeschränkt“, bilanzierte ai. Menschen, die verdächtigt wurden, „sich illegal im Land aufzuhalten, wurden festgenommen und misshandelt“. Hunderte von Fällen des Verschwindenlassens sowie weiterer schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen vergangener Jahrzehnte „wurden weiterhin nicht aufgeklärt“. Zahlen aus dem Jahr 2009 belegen das Festhalten Libyens an der Todesstrafe, mindestens vier Männer wurden in dem Jahr hingerichtet – die tatsächlich erfolgte Zahl von Hinrichtungen dürfte laut amnesty international höher liegen. Die Todesurteile wurden „für eine große Anzahl von Vergehen“ verkündet, zu denen unter anderem „die friedliche Ausübung der Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit“ zählten.

Waffentransfers in Länder wie Libyen dürften gemäß Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und Außenwirtschaftsgesetz (AWG) keinesfalls genehmigt werden. In den „Politischen Grundsätzen zum Rüstungsexport“ spielt die Menschenrechtsfrage eine zentrale Rolle als Verbotsgrund. Doch wer den Mantel der Menschenrechtsrhetorik der CDU/ CSU-FDP-geführten Bundesregierung lüftet, muss maßlos erschrecken. Denn die leuchtende Medaille einer vermeintlich menschenrechtsorientierten Außenpolitik besitzt eine rabenschwarze Schattenseite: die der seit Jahren währenden und permanent gesteigerten – ganz legal erfolgenden – Waffentransfers nach Libyen und in eine Vielzahl weiterer menschenrechtsverletzender Staaten. Waffen gegen Öl lautet die Devise bei Rüstungsgeschäften mit Saudi-Arabien und eben Libyen. Auch die Mithilfe bei der Abschottung der Festung Europa gegen Flüchtlinge war und ist ein Grund, Waffentransfers zu genehmigen.

Die Ausnahme: Illegale G36-Gewehrlieferung an Libyen

Deutlich sichtbar reckte Saif Gaddafi, zweitältester Sohn des Diktators Muammar al-Gaddafi, eines der treffsichersten und damit tödlichsten Gewehre in die Luft, das gegenwärtig auf dem Weltwaffenmarkt zu ergattern ist: das Sturmgewehr G36 von Heckler & Koch. Die Oberndorfer Waffenschmiede ist angesichts der Opferzahlen Europas tödlichstes Unternehmen. Der G36-Bautyp lässt keine Zweifel aufkommen: Auch diese Waffe stammt aus der Produktion des Oberndorfer Stammwerkes und nicht aus der spanischen Lizenzfertigung bei Santa Bárbara Sistemas. Während Saif Gaddafi seine Mitstreiter und Söldner zum Kampf gegen die Kreuzritter aus dem Abendland einpeitscht, hat die Münchener Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren eingestellt. Dabei spricht vieles dafür, dass der Gaddafi-Sohn das gezeigte G36-Gewehr über Paris und nach Libyen geschmuggelt hat.

Der Regelfall: Legale Rüstungsexporte und Lizenzvergaben selbst an Diktaturen

In der Regel müssen Waffenlieferanten aus Deutschland widerrechtliche Wege erst gar nicht beschreiten. Denn das Bundesausfuhramt BAFA in Eschborn und der unter Kanzlerin Merkel tagende Bundessicherheitsrat genehmigen selbst dann Exportanträge, wenn der Transfer für Waffen und Rüstungsgüter an kriegsführende Staaten oder menschenrechtsverletzende Regime beantragt wird.
So erklärt sich auch die Tatsache, dass seit Aufhebung des Waffenembargos 2004 militärische Geländewagen, Störsender, Hubschrauber und Panzerabwehrraketen nach Libyen geliefert wurden. Das Genehmigungsvolumen deutscher Waffentransfers an das Regime Gaddafi wurde von 2008 auf 2009 auf 53 Millionen Euro verdreizehnfacht.

Profiteure des Libyen-Kriegs

Einer der maßgeblichen Profiteure ist die Daimler AG, führender Produzent und Exporteur von Militärfahrzeugen in Europa, und zugleich größter Stimmrechtseigner des Rüstungsriesen European Aeronautic Defence and Space Company (EADS N.V.). Im weltweiten Ranking liegt die EADS auf Platz 7 der rüstungsexportierenden Großkonzerne. Wie eng die Geschäftsbeziehungen mit dem diktatorischen Regime von Muammar al-Gaddafi bereits vor Ausbruch des Kriegs gewesen sind, belegt die Tatsache, dass die EADS in der libyschen Hauptstadt Tripolis eigens eine Repräsentanz eingerichtet hat. Dem Waffenhandel mit dem Diktator waren damit Tür und Tor geöffnet.

In den Jahren 2009 und 2010 lieferte die EADS für rund 168 Millionen Euro Panzerabwehrraketen vom Typ MILAN 3 an das libysche Militär. Gefertigt wurden die Missile d'Infanterie Léger ANti-char (MILAN) bei der MBDA-Systems. Mit 37,5 Prozent ist Daimler/EADS führender Anteilseigner der MBDA. In ihrer Waffenwerbung bezeichnet die EADS die Anti-Panzerrakete als eine besonders präzise schießende Waffe, gekennzeichnet durch ein „verbessertes Tötungspotenzial“.

Gefertigt wurden die Abschussanlagen der Panzerabwehrraketen von der ebenfalls zum EADS-Konzern gehörenden Firma LFK (Lenkflugkörper) im bayerischen Schrobenhausen. Auch mit Militärfahrzeugen profitiert Daimler vom Libyen-Krieg. So zeigen Filmaufnahmen auf *www.youtube.com* Militär-Lkws vom Typ ACTROS 4860, die Panzer der libyschen Streitkräfte ins Kriegsgebiet Richtung Bengazi transportieren.

Saubermann-Image

Um eine imageschädigende Diskussion in Deutschland zu vermeiden, sollte der Export der Panzerabwehrraketen Milan – geschätzter Wert dieses Waffendeals 168 Millionen Euro – seitens der EADS-Tochter MBDA über Frankreich erfolgen. Desgleichen sollte der Deal der EADS-Kommunikationssysteme für 128 Millionen Euro über den Vertragspartner Frankreich abgewickelt werden. Geschickt gemacht, denn das vermeintliche Saubermann-Image konnte die EADS hierzulande wahren.

Krieg ist gut fürs Konzerngeschäft, vor allem dann, wenn verfeindete Konfliktparteien gegeneinander Krieg mit Waffen und Rüstungsgütern aus derselben Unternehmensgruppe bzw. deren Beteiligungsgesellschaften führen. In diesem Sinn kann sich die Unternehmensführung darüber freuen, dass auch der NATO-Partner Großbritannien im Frühjahr 2011 EADS-Kampfflugzeuge der Typen Tornado und Eurofighter gegen Flugbasen und Stellungen der libyschen Armee einsetzt. Der Eurofighter/Typhoon ist das „modernste und leistungsfähigste marktverfügbare Mehrzweck-Kampfflugzeug der neuen Generation“, brüstet sich die Herstellerfirma. In Deutschland fertigt die EADS in Varel das Eurofighter-Rumpfmittelteil, die Montage erfolgt beim EADS-Unternehmensbereich CASSIDIAN in Manching – auch die Eurofighterkampfflieger, die über Großbritannien nach Saudi-Arabien exportiert werden.

Deutsche Waffen für Diktatur in Saudi-Arabien

Der seit 2005 regierende König Abdullah Bin 'Abdul 'Aziz al-Saud, in Persona Premierminister und militärischer Oberbefehlshaber Saudi-Arabiens, hat bislang erfolgreich den Aufbau einer demokratischen Opposition unterbunden. „Die Behörden unterdrückten weiterhin das

ist gut fürs Geschäft

Recht auf freie Meinungsäußerung und andere Grundrechte“, bilanziert die Menschenrechtsorganisation amnesty international in ihrem aktuellen Jahresreport 2010. Tausende Personen, unter ihnen gewaltlose politische Gefangene, wurden „aus Sicherheitsgründen“ festgenommen. Die Haftbedingungen gelten als katastrophal, Misshandlungen und Folter werden systematisch angewandt. Mindestens 69 Menschen wurden im Jahr 2009 hingerichtet – darunter selbst Jugendliche. Dem Mitte Januar 2011 aus Tunesien geflohenen Diktator Ben Ali gewährt König Abdullah Asyl.

Verglichen mit den Waffentransfers nach Ägypten und Libyen befindet sich das Empfängerland Saudi-Arabien auf dem Weg zur regionalen Supermacht. Der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung listet bei Einzelgenehmigungen in Drittländer auf, welche Kleinwaffenexporte genehmigt worden sind: Demnach durften im Jahr 2007 ganz legal 5135 Gewehre im Wert von 7,3 Millionen Euro nach Saudi-Arabien exportiert werden. Insgesamt betrug die Summe der Ausfuhren kommerzieller Kriegswaffen nach Riad allein in jenem Jahr 10,1 Millionen Euro. Wobei neben dem Transfer von Sturmgewehren auch der von Maschinenpistolen genehmigt wurde. Zurzeit wird in Saudi-Arabien in Lizenz von Heckler & Koch ein Produktionswerk für das Sturmgewehr G36 errichtet. Laut Aussagen eines Mitarbeiters soll die Oberndorfer Waffenschmiede allein durch dieses Projekt einen Umsatz von mindestens 220 Millionen Euro verbuchen können – fast der Jahresumsatz der Heckler & Koch GmbH.

Seit 2008 wird Saudi-Arabien sogar in den Top Ten der Empfängerländer deutscher Waffen geführt – Tendenz stetig steigend. Dabei genehmigte die Bundesregierung unter Merkels Führung unter anderem den Export von Teilen für Feuerleiteinrichtungen, Bodenüberwachungsradar, Teile für Kampfflugzeuge, Tankflugzeuge, Teile für Raketen und Granaten, elektronische Kampfführung und Grenzsicherungssysteme. Für das saudi-arabische Grenzsicherungsprogramm erhielt die Division „Verteidigung und Sicherheit“ (heute CASSIDIAN) der EADS im Sommer 2009 den Zuschlag. „Es handelt sich um das weltweit größte Projekt dieser Art“, brüstet sich die EADS-Führung. Mit der EADS-Technik könne „das gesamte Grenzgebiet des Königreichs“ gesichert werden.

Der Transfer von Waffen und Rüstungsgütern für Saudi-Arabien umfasste 2009 den Genehmigungswert von 167,9 Millionen Euro – das ist rund das zweieinhalbfache Volumen für Ägypten und sogar mehr als das dreifache für Libyen. Damit rangiert das diktatorische Königshaus in Saudi-Arabien offiziell auf Platz 6 der deutschen Empfängerländer. Der reale Wert der Waffentransfers an Saudi-Arabien ist de facto noch höher. Denn der Export von Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter (EF), in seiner Exportversion Typhoon genannt, erfolgt über Großbritannien. Die zweite Tranche, die im Oktober 2008 anlief, umfasste auch die 72 Kampfjets für Saudi-Arabien.

Mit Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter/Typhoon lassen sich Kritiker innerhalb und außerhalb des Landes abschrecken und kriegerische Auseinandersetzungen gewinnen. Mit aus Deutschland gelieferten oder in Eigenproduktion gefertigten G36-Sturmgewehren von Heckler & Koch lässt sich die kritische Opposition unterdrücken. Mit dem EADS-Grenzsicherungsprgramm lassen sich zukünftig Fluchtversuche aus dem Land überwachen und gegebenenfalls unterbinden. Dabei dürfte die 9000 Kilometer langen Grenzzäune, die längsten weltweit, zukünftig beispielsweise auch in Osteuropa Interessenten finden – zur Abwehr missliebiger Flüchtlingsströme.

Deutsche Kriegsprofiteure

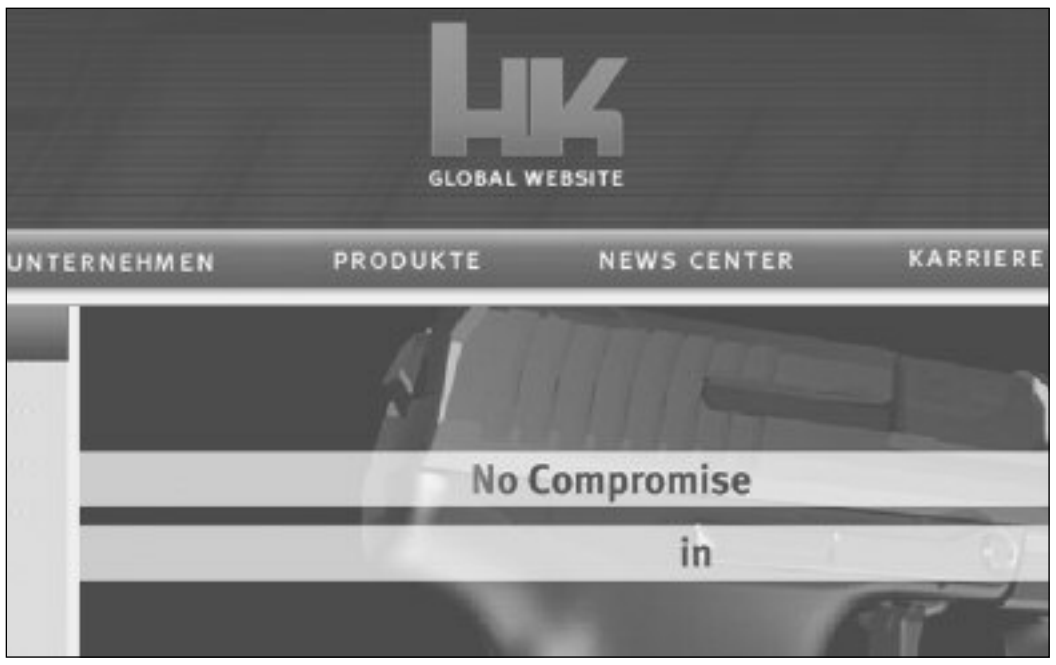
Nach einer zwischenzeitlichen Durststrecke macht sich zurzeit bei der EADS wieder Euphorie breit – auch dank bestens florierender Waffengeschäfte. Konzernchef Louis Gallois und Finanzchef Hans Peter Ring präsentierten auf der Bilanzpressekonferenz im März 2011 die aus Konzernsicht äußerst erfreulichen Zahlen des Vorjahres. Hatte beispielsweise die Militärsparte Airbus Military 2009 noch einen Verlust beim EBIT (die operative Ergebnisgröße vor Steuern) von immerhin 1,754 Mrd. Euro verzeichnet, so lag dieser 2010 mit 21 Mio. Euro wieder im Plus. Desgleichen stiegen im Militärbereich CASSIDIAN Umsatz und EBIT.

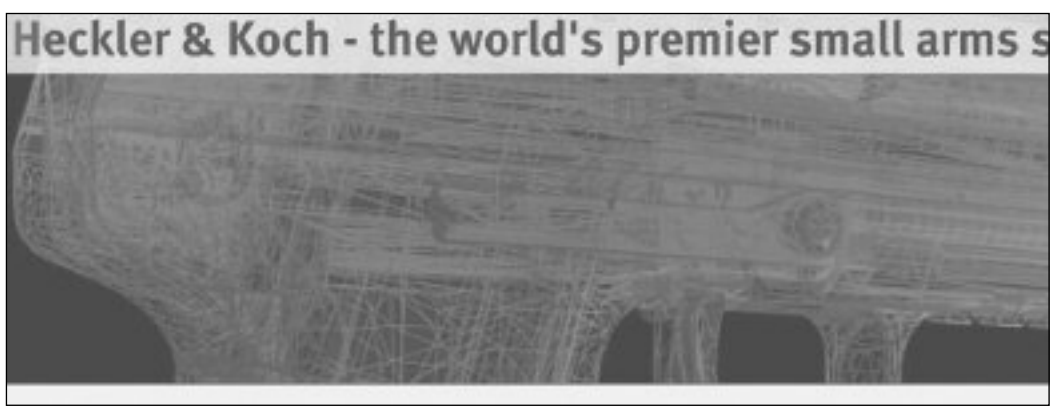
Und auch bei Heckler & Koch in Oberndorf können die Champagnerkorken knallen: Seit Jahren präsentiert sich H&K als äußerst erfolgreicher Waffenproduzent und -exporteur. Die topaktuellen Bilanzzahlen für 2010 sprechen die Sprache der Kriegsprofite: Der Umsatz konnte um knapp sechs Prozent auf 247,2 Millionen Euro gesteigert, der Gewinn von 17 auf 30,4 Mio fast verdoppelt werden. Aus dem Management kommt die vage Begründung, wonach das aus Firmensicht äußerst profitable Waffengeschäft ”vor allem mit Verkäufen für ein großes Projekt” erzielt worden sei – wohl aus Imagegründen wird der G36-Lizenzdeal mit dem diktatorischen Königshaus in Riad nicht genannt.

Mitmachen bei „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“

Die hier beispielhaft genannten Rüstungstransfers nach Libyen und Saudi-Arabien stellen keinesfalls singuläre Fälle dar. Vielmehr genehmigten die Bundesregierungen in den vergangenen Jahrzehnten in einer stillschweigend geschlossenen Allparteienkoalition von CDU/CSU/SPD/FDP/ GRÜNEN vielzählig den Export von Waffen und Rüstungsgütern an Scheindemokraten und Diktatoren in aller Welt. Wer als Oppositionspartei Waffenhandel kritisierte, legalisierte und legitimierte diesen in Regierungsverantwortung – eine Situation, die bis heute trägt. Bis heute bleibt die Frage fortwährender Waffentransfers an menschenrechtsverletzende Staaten vakant. Zu ihnen zählen Brasilien, Indonesien, Israel, Kolumbien, Malaysia, Mexiko, Nigeria, Oman, Pakistan, Singapur, Thailand, Russland, die Vereinigten Arabischen Emirate und weitere.

Alle Waffenlieferungen und Lizenzvergaben an diktatorische und scheindemokratische Regime müssen sofort gestoppt werden. In einem zweiten Schritt muss Artikel 26 (2) des Grundgesetzes ergänzt, in seiner Neufassung der Export von Waffen und Rüstungsgütern grundsätzlich verboten werden. Mit diesem Ziel werden die AGDF, DFG-VK, Franziskaner, IPPNW, Pax Christi deutsche Sektion, Ohne Rüstung Leben und das RüstungsInformationsBüro sowie viele weitere Friedensorganisationen im Mai 2011 die Informations- und Druckkampagne ”Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel” starten. Unterstützerinnen und Unterstützer sind herzlich willkommen.





Fotos: Oben: Aktion von Friedensaktivistinnen und -aktivisten an einem Firmensitz von Heckler & Koch. Darunter: Screenshots von der Web-Seite von Heckler & Koch

Informationen über Rüstungsexporte siehe www.rib-ev.de (Rüstungsexportberichte der Bundesregierung, der GKKE und SIPRI), www.dfg-vk.de und www.juergengraesslin.com.

Die Website www.aufschrei-waffenhandel.de wird im Mai 2011 ins Netz gestellt.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und Vorsitzender des RüstungsInformations-Büros (RIB e.V.). Er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungs-, Militär- und Wirtschaftspolitik.

Offener Brief an Uri Avnery

„Mögen andere von ihrer Schande sprechen, ich spreche von der meinen.“

Bertolt Brecht

Lieber Uri,

da wir in den vergangenen Jahren in der wirklich schwierigen, unglaublich vertrackten Nahost-Problematik gut und auch mit Sympathie zusammengearbeitet haben, bin ich mir sicher, dass Widerspruch dich nicht verletzt, sondern dass Reaktion dir wichtig ist. Dies gilt auch aktuell für deinen Kommentar „Napoleons Diktum“ und deine darin ausgesprochene Befürwortung der militärischen Intervention gegen Libyen unter Gaddafis Herrschaft. Dieser Text hat in der deutschen Friedensbewegung und in der Öffentlichkeit viel Diskussion ausgelöst, Widerspruch und Unterstützung gefunden. Deswegen antworte ich dir öffentlich, in Freundschaft und mit Respekt.
Vielleicht hast du Recht und das Gaddafi-Regime lässt sich nur mit militärischer Macht beseitigen. Das ist eine hypothetische Annahme, die aber sofort die Frage nach sich zieht, wie stark die militärische Macht Gaddafis ist – und wer sie ihm verschafft hat. EU-Staaten, insbesondere auch Deutschland, haben Gaddafi mit Rüstungsgütern versorgt, seit 2004 das EU-Embargo aufgehoben wurde. Hubschrauber und Störsender, die sich insbesondere zur Niederschlagung der Opposition eignen, wurden bis 2009 von Deutschland geliefert. Der Wert seiner Rüstungsexporte an Gaddafi war allein im Jahr 2009 mit 53,2 Millionen Euro 13mal so hoch wie 2008. Das könnte die „Belohnung“ dafür gewesen sein, dass Gaddafi afrikanische Flüchtlinge von Europa ferngehalten und Öl geliefert hat. Natürlich geht es um das Erdöl. Aus dessen Verkauf z. B. an Italien, Frankreich und Deutschland speist sich die Macht der Militärdiktatur Gaddafis.

Wenn heute der Tyrann gestürzt werden soll, wie du schreibst, dann muss mit bedacht werden, wer ihn so stark gemacht hat. Für mich ist es eine Frage der persönlichen und politischen Glaubwürdigkeit, auf meine „eigene Schande“, dies nicht verhindert gekonnt zu haben, zu verweisen. ?Mit der Notwendigkeit, Tyrannen zu entfernen, muss man sich befassen?. Das teile ich. Aber, ... wer soll dieser „man“ sein? Der UN-Sicherheitsrat, die NATO? Ein jeweils zusammen gewürfeltes Bündnis der „Willigen“? Die USA? Ich denke bei dieser Koalition an vergleichbare Bündnisse im Falle des Iraks und Afghanistans und an die ungezählten getöteten Zivilisten; und es schüttelt mich, wenn ich höre, dass die Kriegskoalition auch in Libyen schon für ich weiß nicht wie viele zivile Opfer verantwortlich ist.

Gaddafi ist nicht erst seit ein paar Wochen ein Tyrann. Die ihn jetzt militärisch in die Knie zwingen und töten wollen, haben sich bislang um das libysche Volk einen Dreck gekümmert. Das ist die bittere Wahrheit. Wenn sie sich jetzt schamlos für „die Revolution“ einsetzen, ein Wort, das sie bislang dem Gottseibeiuns zuordneten, und wenn diese Lügen unisono von den Medien wiederholt werden, kann ich nicht anders, als dieser Kriegsdemagogie zu widersprechen.

Welch ein Zynismus: Erst einen Tyrannen stark zu machen (und daran zu verdienen!), und dann, wenn er stark ist, über seine Macht zu lamentieren und gegen ihn Krieg zu führen! Beides hat mit Respekt vor Völker- und Menschenrechten nichts zu tun. Beides entspringt aber dem Wesen der derzeit vorherrschenden imperialen Interventionspolitik. Die beruft sich zwar demagogisch auf den Schutz der Menschen- und Völkerrechte und kann dafür leider auch den UN-Sicherheitsrat missbrauchen, aber indem sie diese Rechte für ihre Machtinteressen instrumentalisiert, zerstört sie sie als Grundlage der internationalen Politik. Rückfall in die Barbarei wäre die Folge, die sich schon ankündigt in den Militärinterventionen und Kriegen der westlichen Großmächte um die Kontrolle über die Ressourcen der Welt.
Ich bin in vielem, was es abzuwägen gilt, tief verunsichert. Ich möchte, dass das Töten und Morden aufhört, auf allen Seiten. Und ich will dazu beitragen, dass Gaddafi verschwindet. Das wird aber eher nicht das Ergebnis des Krieges sein.

Wenn Verhandlungen mit Gaddafi, die bislang noch gar nicht stattgefunden haben, nicht helfen, was dann? Das Völkerrecht kennt so viele unterschiedliche Sanktionen unter Ausschluss von Waffengewalt, die allesamt gegenüber Gaddafi nicht ernsthaft, nicht rechtzeitig, nicht systematisch angewandt wurden. Es gibt die Alternative zum Krieg, auch zu einem von der UNO sanktionierten Krieg. Doch der Krieg der NATO, die täglich auf Ausweitung drängt, ist Bruch des Völkerrechts. Nicht der Schutz der libyschen Zivilisten, von dem du sagst, „er war von Anfang an eine höfliche Lüge“, sei Ziel, sondern der Sturz Gaddafis. – Und was geschieht nach dessen Sturz?
Zu allererst, um diesen Krieg zu beenden, muss verhandelt werden, gleichgültig, welche moralischen, politischen oder geistigen Qualitäten man beim Verhandlungspartner zu erkennen vermeint. Die heute üblichen Bezeichnungen für Gaddafi lauten, der „Verrückte“, der „Psychopath“, der „Tyrann“ oder in ähnlicher Preisklasse. Ich kenne dies bereits aus den Auseinandersetzungen mit Milosevic oder Sadam Hussein. Man kann sich Verhandlungspartner nicht aussuchen, oder man lehnt Verhandlungen grundsätzlich ab. Wenn Verhandlungen grundsätzlich abgelehnt werden, bleibt in der Tat nur die Logik, Krieg zu führen. Aber genau aus dem Krieg, der heute geführt wird, müssen wir raus. Weil, der nächste Schritt ist mit Sicherheit der Einsatz von Bodentruppen. Auch kann ich niemandem erklären, warum das Waffenembargo, das in der von mir kritisierten UNO-Resolution für alle Seiten verhängt worden ist, jetzt ungeniert von den USA, Frankreich und Großbritannien ignoriert wird. Hier wäre die UNO als Verhandlungspartner gefragt, eine UNO, die nicht parteiisch ist, was leider zurzeit nicht der Fall ist. Zur Stärkung des Völkerrechts beizutragen, um den Völkern Krieg zu ersparen, das ist „unser Bestes“ in dieser unvollkommenen Welt. Die sofortige Beendigung der Kriegshandlungen in Libyen muss daher jetzt unsere erste und wichtigste Forderung sein.

Wir beide wissen, dass revolutionäre Prozesse nicht von außen importiert werden können, sondern sich aus inneren Widersprüchen entwickeln und interne Energien freisetzen. Auch das Völkerrecht geht von dieser Erkenntnis aus und verbietet daher die Einmischung in Bürgerkriege.

Ich gebe dir hundertmal Recht, dass wir nicht auf eine perfekte Welt warten können, und dass wir in der unvollkommenen Welt unser Bestes geben müssen. Das ist der Grund für unser jahrzehntelanges Engagement in der Friedensbewegung. Aber Krieg wird die Welt niemals besser machen. Und unser Bestes kann nur darin bestehen, mit aller unserer Kraft den Frieden zu bewahren – und jene Instrumente des Friedens, die das Völkerrecht uns gibt, ein jeder in seinem Land und in Auseinandersetzung mit seiner Regierung. So wie bisher und immer wieder aufs Neue.

Ich danke dir sehr, lieber Uri, für deine Herausforderung zum Nachdenken. Du bist für mich einer der Gerechten in einer ungerechten Welt.
In freundschaftlicher Verbundenheit

Wolfgang Gehrcke

Wolfgang Gehrcke ist außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Bundestag

Der israelische Friedensaktivist Uri Avnery, der oft auch in der Zeitung gegen den Krieg – ZgK vertreten war, verfasste am 2. April 2011 einen Aufsatz mit dem Titel „Napoleons Diktum“, in dem es u. a. heißt:

ES GIBT keinen anderen Weg, diesen „exzentrischen“ Tyrannen los zu werden als mit reiner militärischer Macht. Dies scheint jetzt offensichtlich zu sein. (...) Einige Leute verurteilen die „libysche Intervention“, weil es keine entsprechende Aktion in Bahrain und im Jemen gibt. Sicherlich ist es ein Fall von eklatanter Diskriminierung. Aber es ist so, als ob ein Mörder fordert, ungestraft zu bleiben, weil andere Mörder auch noch frei herumlaufen. Minus mal Minus ist gleich Plus, aber zwei Morde werden kein Nicht-Mord. (...)
MIT JEDEM vorübergehenden Tag mit Gaddafi und seiner Verbrecherbande an der Macht wird die Koalitionsmalaise schlimmer. Das gemeinsame Ziel „ die libyschen Zivilisten zu schützen“ erschöpft sich langsam. Es war von Anfang an eine höfliche Lüge. Das gemeinsame Ziel ist – und kann nichts anderes sein – als den mörderischen Tyrannen zu entfernen. Seine bloße Machtposition ist eine anhaltende tödliche Bedrohung für sein Volk. (...) Mittlerweile ist klar, dass die „Rebellen“ keine wirkliche militärische Macht sind. (...) Die Tatsache, dass es keine Rebellenarmee ist, über die zu sprechen es sich lohnt, (...) zeigt, dass es keine verborgene, unheimliche Macht ist, die aus den Kulissen auftaucht und darauf wartet, Gaddafi durch ein anderes unterdrückerisches System zu ersetzen. Es ist tatsächlich ein demokratischer Grasswurzelaufstand. (...) Eines der heuchlerischsten (...) Vorschläge ist, mit ihm (*Gaddafi; ZgK*) zu verhandeln. Mit einem irrationalen Tyrannen verhandeln? Worüber? Über ein Verschieben des Massakers von Rebellen um sechs Monate? Über einen Staat, der zur Hälfte demokratisch und zur andern Hälfte eine brutale Diktatur ist? (...)
DA STEHN wir also, Menschen im März 2011, nachdem wir unserm grundsätzlich menschlichen Instinkt gefolgt sind, eine bewaffnete Intervention gegen die drohende Katastrophe in Libyen anzustoßen.
Es war richtig, es war anständig, dies zu tun.
Mit gebührendem und aufrichtigem Respekt gegenüber all jenen, die meinen Standpunkt kritisierten, bin ich überzeugt, dass es der menschlichste war.
Im Hebräischen sagen wir: derjenige, der anfängt, eine gute Tat zu tun, muss diese auch beenden. Gaddafi muss beseitigt werden, dem libyschen Volk muss eine anständige Chance gegeben werden, um sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Genau so das syrische Volk, die Jemeniten, die Bahrainis und all die anderen.
Ich weiß nicht, wohin sie das führt – jeden in sein eigenes Land. Ich kann ihnen nur alles Gute wünschen – und hoffen. (...)

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlfs, vom Verfasser autorisiert) · Siehe unter **www.uri-avnery.de**